



„Gemeinsam. Sozial. Handeln.“

Entwurf eines Kieler SPD-Kommunalwahlprogramms 2013-2018

31. Juli 2012

Einleitung	2
Erstens: Gemeinsam	4
• Kindertagesstätten.....	4
• Schulen.....	5
• Hochschulen und berufliche Bildung.....	7
• Familie und Jugend.....	8
• Sport.....	9
• Kultur.....	11
• Kieler Woche.....	13
• Geschlechtergerechtigkeit.....	14
• Vielfalt in unserer Stadt.....	15
• Städtische Verwaltung und Personal.....	16
• Kiel und seine Partner.....	18
• Gegen Rechtsextremismus in Kiel!.....	19
Zweitens: Sozial	21
• Wohnen.....	21
• Arbeitsmarktpolitik.....	23
• Sozialpolitik.....	25
• Integration und Migration.....	27
• Generationen- und Altersgerechtigkeit.....	28
• Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung.....	29
• Gesundheitsversorgung.....	30
Drittens: Handeln	31
• Städtebau und Stadtentwicklung.....	31
• Industrie, Gewerbe und Wirtschaft.....	34
• Einzelhandel und Nahversorgung in den Stadtteilen.....	37
• Hafen und Tourismus.....	40
• Straßen-, Rad- und Fußverkehr.....	42
• Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).....	43
• Daseinsvorsorge: Strom und Gas, Fernwärme und Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung.....	46
• Solide Finanzen.....	48
• Umwelt, Grünanlagen und Kleingärten.....	55
• Öffentliche Sicherheit und Feuerwehren.....	57

Einleitung

Die Städte in unserem Land sind besondere Orte, und Kiel ist eine besondere Stadt. In Kiel entfaltet sich das soziale Leben, hier arbeiten die Menschen – nicht nur Kie-
rinnen und Kieler –, hier verbringen sie ihre Freizeit. In Kiel kristallisiert sich kulturel-
5 les Leben, hier treffen Handel und Dienstleistungen aufeinander, hier sind die Stand-
orte von Industrie und Gewerbe. Kiel ist Ort der Kommunikation und der Integration.
Kiel stand und steht immer wieder im Mittelpunkt der landesgeschichtlichen Entwick-
lung und ist gleichzeitig ein Ort der Modernisierung. Unsere Stadt stiftet Identität. Kiel
ist Trägerin von wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen. Ohne die
10 Städte wären Staat und Gesellschaft in Schleswig-Holstein nicht funktionsfähig. Vom
Wohl der Städte hängt der Zusammenhalt unseres ganzen Gemeinwesens ab: **Ohne
Stadt kein Staat!**

Die Kieler SPD – die „Kiel-Partei“

Die Kieler SPD ist aufgrund ihrer über 140jährigen Tradition und unserer politischen
15 Arbeit für diese Stadt im besten Sinne die „Kiel-Partei“; die Stadt ist uns Heimat und
Herausforderung zugleich. Erfolgreiche sozialdemokratische Oberbürgermeister von
Andreas Gayk, Günther Bantzer, Karl-Heinz Luckhardt über Norbert Gansel und
Torsten Albig haben unsere Stadt geprägt. Mit der Sozialdemokratin Ida Hinz wird im
Jahr 1970 in Kiel zum ersten Mal in Deutschland überhaupt eine Frau zur Stadtpräsi-
20 dentin und damit in das höchste kommunale Amt einer Großstadt gewählt.

In den schweren Jahren des Wiederaufbaus unserer Stadt nach dem Zweiten Welt-
krieg, in der Zeit des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre, in den Jahren der Bon-
ner Großen Koalition und der „68er Bewegung“, in den Jahren der sozialliberalen Re-
25 gierungen der SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt bis in die achtzi-
ger und in den neunziger Jahre : Die Kielerinnen und Kieler haben uns vertraut und
die Kieler SPD zur stärksten Fraktion in die Kieler Ratsversammlung gewählt. Wir ha-
ben diesen Auftrag zu einer sozialen und gerechten Politik angenommen, die eine
Gesellschaft formt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir Kieler Sozialde-
mokratinnen und Sozialdemokraten sind die „Kiel-Partei“.

30 Seit dem Jahr 2008 ist die Kieler SPD wieder die Partei, die von den meisten Kiele-
rinnen und Kielern gewählt wird, nachdem in der Kommunalwahlperiode zwischen
2003 und 2008 unsere Stadt in der Ratsversammlung von einer „schwarzgrünen“ Ko-
operation aus CDU und Bündnis'90/Die Grünen und – bis zum Jahr 2009 – von einer
CDU-Oberbürgermeisterin regiert worden ist. Die Kieler SPD gestaltet gemeinsam
35 mit ihren politischen Partnern Bündnis'90/Die Grünen und SSW wieder die politi-
schen und öffentlichen Angelegenheiten für unser Gemeinwesen: sozial, kinder-
freundlich, in Verantwortung für Bildung, Arbeit und Wirtschaft, klimaschützend und
kreativ.

Was unsere Stärke ist: Gemeinsam. Sozial. Handeln

40 Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere besondere
Stärke in Kiel ist das gemeinsame Handeln in sozialer Verantwortung für das Ge-
meinwohl. Wir vertreten die Interessen aller Kielerinnen und Kieler. Wir entwickeln
Perspektiven für ein gerechtes Miteinander und nutzen alle Möglichkeiten zur kreati-
ven Gestaltung des Gemeinwesens. Die Stadt gehört allen, die hier leben und arbei-
45 ten – in der vielfältigen Breite einer offenen, toleranten Gesellschaft. Alle Bürgerinnen
und Bürger sollen sich füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen. Kein
Mensch lebt für sich allein. Unser Schwerpunkt ist die **soziale Politik der „guten
Gesellschaft“**. Wir sind die Partei, die sich kümmert – und die auch Gutes und Be-
währtes bewahrt und die Schwächeren verteidigt.

50 Unsere Vorstellung von Gemeinwohl stellen wir gegen eine Politik der Bevorzugung
einzelner Klientele und gegen eine allgemeine Entsolidarisierung. Wir erteilen einer
Politik, die eine generelle Privatisierung öffentlicher Zuständigkeiten zum Ziel hat und
damit zum Verlust politischer Mitbestimmung führt, eine klare Absage. Wir stärken die
kommunale Demokratie. Demokratie ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialde-
55 mokraten mehr als eine Staats- und Gesellschaftsordnung: Wir wollen Demokratie
als Lebensform in allen Bereichen der Gesellschaft, beteiligen die Bürgerinnen und
Bürger und die Ortsbeiräte der Stadtteile und die anderen Beiräte und Beteiligungs-
gremien an Entscheidungen und streben die Gleichberechtigung der Geschlechter
und der Generationen an.

60 Die Stadt Kiel ist kein Unternehmen. Sie unterliegt demokratischer Kontrolle und ist
auf die Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger angelegt. Die Menschen sind Bürge-
rinnen und Bürger ihrer Stadt mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind keine Kundin-
nen oder Kunden, sondern sind „Eigentümerinnen und Eigentümer“ ihrer Stadt. Die
Stadt ist ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, und aus diesen Rechten der
65 Bürgerinnen und Bürger erwachsen wiederum „Bürgerpflichten“.

Wir wissen, dass sich die Probleme der Stadt nicht im Alleingang lösen lassen. Des-
halb setzen wir den Dialog auf allen politischen Ebenen fort. Wir wollen auch immer
die „gesprächsbereite“ Stadt sein, die sich als Teil einer politischen Gesamtentwick-
lung versteht.

70 Wie dieses Programm entsteht

Dieses Kommunalwahlprogramm der Kieler SPD für die Kommunalwahlperiode 2013
bis 2018 entsteht „gemeinsam“, wie es die Stärke der Kieler SPD ist. Wir entwickeln
das neue Programm mit den Parteimitgliedern, mit Fachleuten anderer Organisatio-
nen und mit einem innovativen „Bürgerbefragungs-Verfahren“ (online und in „Stadt-
75 teil-Konferenzen“) mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. So legen wir die
Grundlage für die Zukunft. Indem wir gemeinsam sozial handeln.

Erstens: Gemeinsam

Die Stadtgesellschaft ist der Ort, an dem Gemeinschaft am stärksten erfahrbar ist – hier kommen die Menschen direkt mit den politischen Entscheidungen in Berührung und können miteinander die Gesellschaft gestalten. Eine der wichtigsten Aufgaben der „guten Gesellschaft“ in der Stadt ist es, Kindern die zukünftige Teilhabe an dieser Gesellschaft zu ermöglichen – durch eine sorgende Betreuung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien einerseits und andererseits durch eine qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen, die Kiel um gesellschaftlich aktive und beruflich erfolgreiche junge Menschen bereichert.

Erlebbar wird die Gemeinschaft in der Stadt durch sportliche Aktivitäten und vielfältige kulturelle Angebote – ein besonderes Gemeinschaftserlebnis der Kielerinnen und Kieler ist dabei die Kieler Woche. Gemeinsam wollen wir unser Kiel als offene, tolerante Stadt weiterentwickeln und setzen uns für Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt in der Kommune ein.

Gemeinsam wollen wir unsere Stadt gestalten.

Kindertagesstätten

Der **Ausbau der Kinderbetreuung** ist einer der großen kommunalen Erfolge in den letzten Jahren: Seit die Kielerinnen und Kieler die SPD im Jahr 2008 wieder zur stärksten Kraft im Kieler Rathaus gewählt haben, wurden die Betreuungsplätze für Kinder von null bis zehn Jahren von 9.278 auf 13.872 Plätze ausgebaut, das entspricht einem Zuwachs von 50 Prozent! In unserer Stadt kann jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren einen Betreuungsplatz im Kindergarten oder in der Tagespflege bekommen, mehr als jedes zweite Grundschulkind eine Betreuung und jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Krippen- oder Tagespflegeplatz. Schon ein Jahr früher erfüllt unsere Stadt damit die Vorgaben des Bundes für das Jahr 2013. Das gelingt nur wenigen Kommunen in Westdeutschland. Um dem Ziel einer optimalen Versorgung näher zu kommen, werden wir den Ausbau weiter vorantreiben: Wir wollen die Betreuung für die Unterdreijährigen in unserer Stadt weiter ausbauen. Das erleichtert auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt gerade Frauen dabei, wieder berufstätig zu werden. Die zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeiten erfordern auch in der Kindertagesbetreuung erweiterte Öffnungszeiten.

Wir wollen die bestehende **Sozialstaffel** auf alle Kinderbetreuungseinrichtungen in unserer Stadt ausweiten. Alle Kinder sollen an einer qualitativ hochwertigen Bildung und Betreuung teilhaben können.

Die Kieler SPD setzt sich für die **qualitative Weiterentwicklung** der Kinderbetreuung ein. Wir haben die Gruppengrößen reduziert und den Übergang von der Krippe in die Kita verbessert. Die Vielfalt der Betreuungsformen ermöglicht für alle Kinder die passgenaue Betreuung. Für Kinder mit Sprachdefiziten wollen wir das Angebot an gezielter Sprachförderung ausbauen.

Wir wollen, dass es in unserer Stadt **für jedes Kind mindestens eine gesunde Mahlzeit** gibt. Menschen mit geringem Einkommen zahlen maximal einen Euro pro Mahlzeit für ihre Kinder in den Kindertageseinrichtungen.

120 Wir wollen die Kindertageseinrichtungen zu **Familienzentren** weiterentwickeln, die Eltern bei der Erziehung individuell beraten können. Die Aktivierende Elternarbeit sowie eine stärkere Vernetzung von Nachbarschaft, Schulen und sozialräumlichen Diensten mit Kindertageseinrichtungen sollen die Entwicklungschancen der Kinder steigern.

125 Anzustreben ist eine Weiterentwicklung bestehender Betreuungsformen im Grundschulbereich, auch um eine stärkere Verzahnung von Vormittags- und Nachmittagsbetreuung zu ermöglichen.

Um für berufstätige Eltern auch im Anschluss an die Kindergartenzeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, werden wir der steigenden Nachfrage nach **Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder** nachkommen.

130 **Schulen**

Die Kieler SPD ist die „Bildungspartei“ und setzt ihren Schwerpunkt bei der Schul- und Bildungspolitik. In den Schulen werden die Grundlagen dafür gelegt, dass alle Kinder später die gleichen Chancen auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe haben und dass sich die Stadt als demokratische Gesellschaft sowie als Lebensraum weiterentwickeln kann. Der Zugang aller Kinder zu Bildung muss unabhängig von Herkunft, Alter und Einkommen gewährleistet sein.

140 In unserer Stadt soll kein Kind zurückgelassen werden; alle Kinder erhalten die Unterstützung, die sie brauchen, um einen Schulabschluss zu erreichen. Dafür wurden verschiedene Unterstützungsmaßnahmen entwickelt. Die **Schulsozialarbeit** haben wir massiv ausgebaut und die Zahl der Stellen von zehn (2008) auf 29 (2012) nahezu verdreifacht. Wir wollen zukünftig noch mehr Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen und die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sozialräumlich weiterentwickeln.

145 Die Chancen von Kindern und Jugendlichen wollen wir durch einen Ausbau des Angebots an **gebundenen Ganztagschulen** verbessern. Die ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung unterstützt den individuellen Bildungserfolg und erleichtern zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb soll die Hans-Christians-Andersen-Schule in Gaarden zur „Stadtteilschule“ (gebundene Ganztagschule mit Mensa) umgewandelt werden. Deshalb haben wir die Schule am Heidenberger Teich in Mettenhof in eine gebundene Ganztagschule umgewandelt, an der eine Mensa und eine Sporthalle errichtet werden.

155 Wichtige Grundlage für eine gute Schulbildung sind intakte Räumlichkeiten und eine zeitgemäße Ausstattung. Die **Sanierung von Schulgebäuden** werden wir weiter vorantreiben und neben energetischen Maßnahmen auf die Renovierung von Klassenräumen und Toiletten achten. Mit einem **Fachraumsanierungsprogramm** wollen wir

die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, in allen Fächern auf hohem Niveau unterrichten zu können; wir wollen es fortsetzen.

Wir wollen **wohornahe Bildung** ermöglichen. Schülerinnen und Schüler sollen vorrangig in ihren Stadtteilen auf die Schulen gehen können. Dies wollen wir bei der
160 Schulentwicklungsplanung entsprechend berücksichtigen.

Um an den Schulen die **Inklusive Bildung** umzusetzen, das heißt der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, werden bei allen baulichen Maßnahmen die veränderten Bedarfe insbesondere hinsichtlich der Barrierefreiheit beachtet.

165 In unserer Stadt soll jedes Kind einmal am Tag eine warme Mahlzeit bekommen. Wir wollen ein **flächendeckendes Schulmittagessen** erreichen und streben an, den Elternbeitrag zu reduzieren – bei verbesserter Qualität. Initiativen von Schülerinnen und Schülern oder Eltern zur besseren Vermittlung des Werts und Nutzens einer gesunden Ernährung (z.B. Kochaktionen, Einführung eines Veggie-Tags mit ausschließ-
170 lich vegetarischem Mensa-Angebot an einem Wochentag) werden wir unterstützen.

Die Kieler SPD unterstützt die Schulen weiterhin und verstärkt darin, ihre Schülerinnen und Schüler zu mündigen und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu erziehen. Bei der **Vermittlung von kommunalpolitischen Grundlagen** sollen sich die Stadtverwaltung sowie die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Kiel mit ihren Experten
175 tinnen und Experten einbringen. Besichtigungen, Projekte oder Praktika können ein Anfang sein.

In Kita und Schule wollen wir das **Lernziel „Demokratie der Geschlechter“** fördern. Jungen und Mädchen sollen entsprechend ihren individuellen Begabungen ihren Weg gehen und sich unabhängig machen von stereotypen Geschlechterrollen. Dazu
180 sollen Girls- und Boys-Days unterstützt werden. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen und der Wirtschaft können Vorbilder gefunden werden, die entgegen der Stereotype in ihrem Beruf erfolgreich und glücklich sind.

Wir wollen die Schulen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrkräften weiterentwickeln und mit anderen Bildungseinrichtungen vernetzen (Bildungsregion). Dies wird unterstützt durch ein **kommunales Bildungsbüro**,
185 das zum einen eine Bildungsberatung anbietet und zum anderen die Abstimmung bei den Übergängen von der Kita zur Schule und von der Schule in die berufliche Bildung oder in die Hochschule unterstützt.

Die SPD Kiel fördert die **Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen** sowie kulturellen und sozialen Vereinen, Allen Schulkindern soll die Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht werden, um ihnen eine sportliche, gesundheitsbewusste Lebens-
190 einstellung zu vermitteln. Deshalb haben wir das Projekt „Kids in die Clubs“ initiiert, sodass die Vereine auch Kindern offenstehen, deren Eltern sich die Mitgliedschaft in einem Sportverein nicht leisten können.

195 **Hochschulen und berufliche Bildung**

Als bedeutendstes Bildungszentrum des Landes Schleswig-Holstein beherbergt Kiel Hochschulen mit mehr als 30.000 Studierenden (WS 2011 / 2012), drei Regionale Berufsbildungszentren mit 13.000 Schülerinnen und Schülern (2009 / 2010) sowie zahlreiche Weiterbildungseinrichtungen.

200 Für die Kieler SPD hat die **Berufliche Bildung** einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen die Leistungen aller Lernorte (Betriebe, Schulen, außerschulische Lernorte, ...) bündeln und neue Angebote schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche unter 25 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung und ohne Arbeit. Wir unterstützen die enge Kooperation von Schule und Wirtschaft.

205 Der Umbau der beruflichen Schulen in **Regionale Berufsbildungszentren** (RBZ) ist mit einem Umfang von über 100 Millionen Euro eines der größten Schulbauprojekte Deutschlands. Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein werden hier in modernen Gebäuden lernen, die optimal ausgestattet sind. Um die Fachkräfte von Morgen auszubilden und auch alternative Bildungswege zu erleichtern, wollen wir Oberstufenzentren an den RBZ schaffen. Die Regionalen Berufsbildungszentren sollen auch Partner im Rahmen der Städtepartnerschaften werden.

Die **Kieler Hochschulen** bestimmen das Bild unserer Stadt in erheblichem Maße – mehr als 10% der Bevölkerung sind Studierende und die Hochschulen sind zusammen mit dem Universitätsklinikum die größten Arbeitgeber in der Stadt. Die Forschung in diversen Disziplinen und die Kieler Exzellenzcluster machen Kiel über die Grenzen Deutschlands als Wissenschaftsstandort bekannt.

Wir wollen das Profil einer **studentischen Stadt** vertiefen – dazu gehört eine Belebung der Innenstadt und des Ostufers im Bereich der Fachhochschule durch Studierende und ein intensiver Austausch mit den Interessenvertretungen. Wir unterstützen den Ausbau des Wohnraums für Studierende beispielsweise durch Projekte wie „Wohnen für Hilfe“. Das Studentenwerk mit seinem Angebot an günstigem Wohnraum für finanziell schwache Studierende oder ausländische Studierende ist beim Bau neuer Wohnheime der erste Ansprechpartner und ein wichtiger Partner beim Ausbau der sozialen Infrastruktur.

225 Unsere Stadt wird auch durch die **kulturellen Aktivitäten** der diversen Institute und Museen geprägt, die zu den Hochschulen gehören – so sind beispielsweise das Planetarium, die Kunsthalle mit ihrer Antikensammlung oder das Zoologische Museum bekannte Kieler Attraktionen. Die landesweit einzige Kunsthochschule stärkt das Profil einer Kulturstadt.

230 Die Kieler SPD bekennt sich zur „**Wissenschaftsstadt Kiel**“. Das Profil einer in der Wissenschaft international angesehenen Stadt soll geschärft werden und zugleich soll die Kooperation und Absprache zwischen der Stadt, den Kieler Hochschulen und dem Studentenwerk intensiviert werden. Hierzu gehören zum Beispiel regelmäßige Fachtagungen zu kommunalpolitischen Themen und die Einbeziehung der Hochschulen in die weitere Ausgestaltung der Städtepartnerschaften.

235

Den **Wissens- und Technologietransfer** aus den Hochschulen in die Gesellschaft und in die Wirtschaft wollen wir unterstützen. Bereits vorhandene Strukturen wollen wir stärker vernetzen und koordinieren und zugleich bekannter machen. Der kommunalen Wirtschaftsförderung kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

240 **Familie und Jugend**

Die Kieler SPD unterstützt die **Familien** bei der manchmal schwierigen und zugleich ungemein wichtigen Aufgabe der Erziehung ihrer Kinder. Die Selbsthilfekräfte in der Familie wollen wir durch aktivierende Sozialarbeit stärken. Durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen und konkrete Hilfestellungen anbieten.

Wir wollen die **Bildungschancen** von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien verbessern. Die soziale Ungleichheit und Benachteiligung, die ihnen widerfährt, wollen wir durch zielgruppenspezifische Angebote ausgleichen.

In Kiel wird eine räumliche Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen wie Einkommen, Bildungsstatus oder Herkunft festgestellt. Die „**sozialen Ressourcen**“ in Form von Betreuungsangeboten, Schulsozialarbeit oder offener Jugendarbeit sind jedoch noch nicht so verteilt, dass sie der sozialen Problemdichte in den Sozialräumen entspricht. Wir wollen die sozialen Ressourcen stärker dort einsetzen, wo sie wirklich benötigt werden, und werden die Vernetzung der verschiedenen Angebote vorantreiben.

Familie ist dort, wo Kinder sind – auf kommunaler Ebene bedeutet dieser Grundsatz, dass auch Formen von Familie nicht vergessen werden dürfen, die besondere Bedürfnisse haben. Für sogenannte Risiko-Familien mit Kleinst- und Kleinkindern wollen wir in Zusammenarbeit mit spezialisierten Einrichtungen Hilfestellungen anbieten. Für die wachsende Zahl an Alleinerziehenden wollen wir speziell auf ihre Situation abgestimmte Angebote entwickeln – hierzu kann ein besonderes pädagogisches Begleitangebot gehören, welches beispielsweise in nordrhein-westfälischen Kommunen bereits erfolgreich angewendet wird. Immer mehr Teenager werden Eltern – wir wollen sie bereits während der Schwangerschaft unterstützen und ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Schule beziehungsweise Ausbildung erleichtern.

Die **Jugendarbeit** kann die Herstellung von Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen unterstützen. Durch präventive und integrative Angeboten können die Entwicklungschancen und -möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Wir wollen daher die Mädchen- und Jugendtreffs weiterentwickeln. Das Jugenddorf Falckenstein wird in seiner Bausubstanz zumindest teilweise renoviert.

Die Kieler SPD will die **Jugendsozialarbeit** noch intensiver nutzen, um die ungleichen Chancen von Jugendlichen aufgrund ihrer sozialen Herkunft auszugleichen. Dabei ist der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten nicht nur für Kinder mit Migrationshin-

tergrund von maßgeblicher Bedeutung. Hinzu kommen die gezielte Förderung von Mädchen und jungen Frauen und die Kompensation von belastenden Familiensituationen.

Wir gewährleisten die angemessene **Beteiligung von Jugendlichen** bei der Gestaltung der sie betreffenden Maßnahmen. Wir wollen das von uns erfolgreich eingeführte Partizipationsprogramm „Jugend mischt mit“ fortsetzen und durch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirats noch mehr Möglichkeiten geben, selbst Vorstellungen einzubringen und zu diskutieren. Um auch die Entwicklung der Stadtteile an der Jugendlichen zu orientieren, wollen wir die Ortsbeiräte als Beteiligungsorgane nutzen und in jedem Ortsbeirat mindestens einmal im Jahr eine Sitzung dem Dialog mit Jugendlichen widmen.

Kinder brauchen **Platz zum Spielen**, das betrifft sämtliche Plätze, Schulhöfe und Grünflächen. Wir wollen die Kinderspielplätze weiter aufwerten und ein noch bedarfsgerechteres Angebot schaffen, darüber hinaus wollen wir das Angebot an barrierefreien Spielplätzen ausbauen. Wo möglich wollen wir Familien dabei unterstützen, Straßen in Spielstraßen umzuwandeln und Räume für Kinder zu erschließen. Wir beteiligen Kinder und Jugendliche bei den sie betreffenden Planungen und Vorhaben.

Sport

Spiel- und Bewegungsräume insbesondere im Wohnumfeld, die für vielfältige Sport- und Freizeitaktivitäten genutzt werden können, sowie Sportstätten für den Breiten-, Schul- und Leistungssport haben hohen Anteil an der Attraktivität und **Lebensqualität** unserer Stadt. Für Kinder und Jugendliche stellt der Sport ein wesentliches Element zum Erwerb vor allem zur Erlangung **sozialer Kompetenz** dar.

Gewandelte Sportbedürfnisse, teilweise nicht mehr zeitgemäße Sportstätten und der Verlust wohnungsnaher Bewegungsmöglichkeiten sind nur einige der Rahmenbedingungen, die die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt entscheidend mitbestimmen. Aber auch der Spitzensport hat integrative Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt. Er ist ein wesentlicher kultureller und wirtschaftlicher Standortvorteil, der die Wohn- und Lebensqualität der Menschen steigert und damit Kiel auch für Neuansiedlungen attraktiv macht.

Wir haben **viel erreicht**: Im Stadtteil Mettenhof ist eine neue Schulsporthalle an Schleswig-Holsteins zweitgrößter Grundschule gebaut worden. Im dichtbesiedelten Stadtteil Ravensberg wird der Bau einer weiteren neuen Schulsporthalle für die Ricarada-Huch-Schule und die Goetheschulen sowie das Regionale Bildungszentrum vorbereitet. Die von anderen politischen Mehrheiten einst eingeführten **Sporthallen-nutzungsgebühren** für Vereine haben wir **wieder abgeschafft**. Wir haben gemeinsam mit dem Sportverband Kiel e.V. das Projekt „**Kids in die Clubs**“ gestartet, aus dem für Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien die Mitgliedsbeiträge für Sportvereine übernommen werden. Wir haben den **Breitensport besonders gefördert** und dafür so viel mehr Mittel zur Verfügung gestellt, wie sie dem städtischen Anteil an der **Herrichtung des Holstein-Stadions** entsprachen – das Stadion und

das Trainingszentrum Projensdorf haben wir gemeinsam mit dem Verein und dem Land Schleswig-Holstein tauglich gemacht für die Dritte Liga. Seit dem Jahr 2011 verfolgen wir ein **Sondersanierungsprogramm für Sportstätten**, das mit 100.000 Euro pro Jahr hinterlegt ist. Wir haben ein qualifiziertes Gutachten für einen nachhaltigen **Sportentwicklungsplan** eingeholt. Unsere Sportpolitik steht auch weiterhin für kontinuierliches Handeln und konsequentes Umsetzen. Die sportpolitische Bilanz der letzten Jahre und die Erkenntnisse aus dem bereits bestehenden Gutachten zum Sportentwicklungsplan werden wir für unsere künftige Arbeit nutzen.

Wir wollen ein zentral gelegenes, für die Menschen vom West- und vom Ostufer gut erreichbares **Sport- und Freizeitbad an der Hörn** bauen. Denn die Schwimmhallen in Gaarden und am Lessingplatz sind zu klein und zu marode. Zu wenig Kieler Kinder können in ihnen schwimmen lernen. Selbst wenn die Hallen für viel Geld saniert würden, stiegen anschließend die Eintrittspreise, sodass ein Badbesuch für viele Menschen zu teuer würde. Darum soll stattdessen ein modernes, großes Bad gebaut werden, damit die Eintrittspreise auch in Zukunft für alle bezahlbar bleiben. Dieses soll modern, familien- und kinderfreundlich und barrierefrei sein. Auf die besonderen Bedürfnisse von älteren Besucherinnen und Besuchern – z.B. beim Einstieg ins Schwimmbecken – soll schon beim Bau Rücksicht genommen werden. Die **Schwimmhalle** in **Schilksee** soll erhalten bleiben.

Mit einem „**Aktionsprogramm Sport**“ wollen wir ab dem Jahr 2013 für die kommenden Jahre, ein verlässliches Programm zu den folgenden Themenfeldern auflegen und umsetzen. In einer **Sanierungsoffensive** wird verlässlich und nach sorgfältiger Analyse ein Aus- oder Umbau bzw. Rückbau der Kieler Sportanlagen sowie die Sanierung von Kieler Sportstätten und Schulsportstätten im Fokus stehen. Ein hierzu langfristig angelegtes Finanzierungskonzept, garantiert mehr Transparenz, Planungssicherheit und eine verbindliche, kontinuierliche Umsetzung.

„**Sport ist Bildung**“ - für diesen neuen generellen Ansatz wollen wir werben und uns einsetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass Vereine, Schulen und Kindergärten gemeinsam die Chance erkennen, die die Ganztagsförderung für alle Bereiche bietet. Kleinkinder und heranwachsende Jugendliche aus diesen Institutionen können so für sich und andere den Nutzen erleben, den der Sport mit Blick auf Integration, Sozialverhalten, Gesundheit, Natur etc. bietet. Das sind Fähigkeiten, welche in unserer vielfältigen Gesellschaft wichtig sind und immer wichtiger werden.

Wir wollen Radwege und Gehwege auf Asphalt und durch Grünanlagen, Wanderwege und Reitwege durch die Natur sowie öffentliche Zugänge zum Wasser einschließlich Slip-Anlagen zu „**Sportstätten des öffentlichen Raumes**“ machen. Dies sind Sportstätten für alle nicht organisierten Sporttreibenden wie Radfahrer, Skater, Jogger, Walker, Wassersportler und andere. Die Herrichtung dieser Wege und Anlagen ist nicht nur eine reine verkehrspolitische, sondern auch eine sportpolitische Aufgabe. Hierzu gehört auch ein **Nachnutzungskonzept** für das **Freibad „Katzheide“** im Sportpark Gaarden oder Sportgeräte für Seniorinnen und Senioren im öffentlichen Raum und vieles mehr. Wir wollen Ideen, Umsetzung und Nachnutzungskonzepte

360 unter Einbeziehung und Beteiligung alle interessierten Kieler Bürgerinnen und Bürger erörtern.

Wir haben ein besonderes Augenmerk auf unsere **Sportvereine und Sportverbände**. Im Wandel der Zeit befinden sich viele dieser Institutionen in einer bedrohlichen Situation. Als sozialer Eckpfeiler unserer Gesellschaft in Sachen Sozialverhalten, Integration, Gesundheits- und Bewegungsförderung aber auch als Leistungsschmiede für den Spitzensport bedürfen sie einer besonderen politischen Unterstützung und Hilfe. Das Ehrenamt als fundamentale Stütze unserer Gesellschaft muss gestärkt hervorgehen und stetig gefördert werden.

Kultur

370 Wir verstehen Kulturpolitik so: Politik selbst schafft weder Kunst noch Kultur. Stattdessen hat sie die **Rahmenbedingungen** zu gestalten, sodass eine lebendige Kulturlandschaft und eine reiche künstlerische Szene entsteht. Die **Kulturentwicklungsplanung** ist in die strategische Kommunalpolitik der Landeshauptstadt eingebettet. Diese wird von zwei Oberzielen geleitet: geeignete Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung von dauerhaften und innovativen Arbeitsplätzen zu setzen und Innovations-, Bildungs- und Kreativitätspotenziale zu entwickeln und zu nutzen, um eine nachhaltige und gerechte Entwicklung der städtischen Kulturgesellschaft zu sichern. Diese Ziele sichern die humane Entwicklung der Stadt, stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und verbessern die Lebensqualität für die Menschen in ihr.

380 Im Mittelpunkt einer kulturellen Entwicklungsperspektive stehen der Erhalt und der Ausbau der vorhandenen **kulturellen Vielfalt** und künstlerischen Szene. Die Fülle unterschiedlichster kultureller Angebote ist ein entscheidender Beitrag zur hohen Lebensqualität in der Landeshauptstadt. In Kiel beeinflussen und verstärken sich die verschiedenen kulturellen Richtungen und Traditionen gegenseitig - Toleranz und Liberalität, die Heterogenität der Kunst- und Kulturszene sowie die Vielfalt der Lebensformen sind Schlüsselemente für die Lebensqualität und des Identifikationsreservoirs der Einwohner und Einwohnerinnen mit ihrer Stadt. Neben der Pflege dieser Vielfalt steht die Weiterentwicklung innovativer und anspruchsvoller kultureller Angebote im Fokus der Kulturpolitik.

390 Unser kulturpolitisches Handeln richtet sich in einem hohen Maße auf **Kinder, Jugendliche und Familien** aus. Das kulturelle Angebot soll Bindewirkung für junge Familien und jüngere Fachkräfte entfalten. So leistet die Kulturentwicklungsplanung einen wichtigen Beitrag, um Kiel auch für diese Zielgruppen attraktiv zu machen, sie zum Kommen und zum Bleiben zu stimulieren. Wir haben dafür gesorgt, dass die **Eintrittspreise** für unsere Museen **für Kinder wieder abgeschafft** wurden.

395 In unserer Stadt richten sich die kulturellen Angebote gleichermaßen an die Kielerinnen und Kieler wie auch an Gäste aus aller Welt, insbesondere aus dem skandinavischen und baltischen Raum. Für beide Gruppen spielt die **Bildende und Darstellende Kunst** eine herausragende Rolle im kulturellen Leben der Stadt. Sie besitzt in der Kulturgeschichte Kiels eine hohe Authentizität und ein bedeutendes Entwicklungspo-

400 tenzial. Kunstorte und -räume in kommunaler, universitärer und privater Trägerschaft
begründen diese reichhaltige Tradition. Dazu zählen u.a. die **Kunsthalle** zu Kiel, die
Stadtgalerie und der **Brunswiker Pavillon**, die Dela Galerie und der Kunstraum B,
das **Schiffahrtsmuseum** und die Eisengießerei, der Mediendom und das Wissen-
405 schaftszentrum ebenso wie die **Oper**, das **Schauspiel** und die **Symphoniker**. Wir
wollen, dass auch in ihren Beiträgen für das Stadtmarketing noch weiter entwickelt
werden, umso mehr, als die renommierten Veranstaltungen und Institutionen inner-
halb der Stadt über eine breite Akzeptanz verfügen.

Unsere Stadt zeichnet sich durch eine lebendige und durch Vielfalt gekennzeichnete
Kulturgesellschaft aus. Toleranz und Liberalität, die Vielfalt der Kunst- und Kultursze-
410 ne sind Schlüsselemente für die **Lebensqualität** und die Identifikation der Bürge-
rinnen und Bürger mit unserer Stadt. Wir wollen daher die große Bandbreite an Kunst
und Kultur sichern und gemeinsam mit allen Mitwirkenden weiterentwickeln.

Die bestehenden kulturellen Einrichtungen in Kiel leisten gute Arbeit. Dazu brauchen
sie verlässliche Rahmenbedingungen. Es ist uns gelungen, die lebendige und dichte
415 Kulturlandschaft in Kiel trotz knapper Haushaltsmittel zu erhalten und weiter zu stär-
ken. Wir wollen die **finanzielle Ausstattung** der kulturellen Einrichtungen und insbe-
sondere den **Erhalt des Mehrspartentheaters** in Kiel **sichern**. Gemeinsam mit den
Kulturschaffenden und Kulturinteressierten haben wir es erreicht, unser Theater mit
seinen fünf Sparten zu erhalten. Die ständig steigenden Besucherzahlen der letzten
420 Jahre machen deutlich, dass unser Kieler Theater von den Bürgerinnen und Bürgern
angenommen wird.

Die kulturelle Vielfalt bildet sich aber genauso auch an vielen anderen Orten ab:
Dazu zählen u.a. die vielen Initiativen, Projekte und Einrichtungen wie die **freien**
425 **Theater**, die ihren Platz in Kiel dank fester Zuwendungsverträge behaupten konnten,
die **Museen** und **Galerien**, das **Kulturforum** und die **Stadtteilbüchereien**, die **Mu-
sikschule**, aber auch Initiativen wie die **soziokulturellen Zentren** sowie die **Fes-
tung Friedrichsort**. Die **Volkshochschule** mit ihrem breit gefächerten und niedrig-
schwelligem Angebot konnte stabilisiert werden. Kooperationen mit Kronshagen und
Altenholz erweiterten das Angebot. Die **Stadtteilbüchereien** wurden wieder im Ein-
430 vernehmen mit den Büchereivereinen unter städtische Leitung gestellt, die Fortfüh-
rung der Kinder- und Jugendbücherei wurde gewährleistet. Und: Wir haben mit der
Unterstützung der Brunswiker Stiftung das gesamte **Kulturforum** mit allen seinen
Einrichtungen wie der Stadtgalerie, dem Veranstaltungsbereich des Kulturforums, der
Ehmsenstiftung, der Stadtbilderei und nicht zuletzt der Stadtbücherei von drohender
435 Schließung bewahrt. Den privaten Museen, Ateliers und soziokulturellen Zentren
konnte durch feste institutionelle **Förderungsverträge** die Existenz gesichert wer-
den.

Die **Volkshochschule** mit ihrem breit gefächerten und niedrigschwelligem Angebot
konnte stabilisiert werden. Kooperationen mit Kronshagen und Altenholz erweiterten
440 das Angebot. Wir wollen die Volkshochschulen auch nutzen, um Angebote für Er-
wachsene zu schaffen, die Probleme beim Lesen und Schreiben haben.

Wir wollen „Kultur im Quartier am Schloss“ mit Konzert- und Kongressmöglichkeiten an diesem Ort: Wir setzen uns für die **Sanierung und den Umbau des Konzertsaals** im Kieler Schloss zu einem modernen und anspruchsvollen Ort für ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm ein. Unter unserer Verantwortung konnte das Stadtmuseum „**Warleberger Hof**“ umgebaut und die Fischhallenmodernisierung des **Schiffahrtsmuseums** in Auftrag gegeben werden.

Wir wollen **neue Formen von Kunst und Kultur initiieren** sowie Künstlerinnen und Künstlern **Freiräume eröffnen**. Dazu soll künstlerischen Initiativen und Projekten Raum gegeben werden. Wir treten ein für die entsprechende Umnutzung des ehemaligen **Lessingbades** als offenen Raum für Kunst und Kultur. Das **Künstler-Atelier-Haus** wurde mit einem einmaligen Betrag finanziell unterstützt, sodass es heute ein Aushängeschild für Kiel und die Wik darstellt.

Kunst und Kultur haben nicht nur eine ästhetische und wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine **soziale Dimension**. Kulturpolitik steht deshalb nicht für sich allein. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir Kunst und Kultur stadtteilübergreifend als Querschnittsthema mit Bildung, Wirtschaft und Sozialem vernetzen und integrieren.

Das **Revolutionsjubiläum 2018**, in welchem an die Novemberrevolution des Jahres 1918 und die Gründungstage der Weimarer Republik erinnert wird, ist für die Kieler Stadtgeschichte und für die Kieler Sozialdemokratie von herausragendem Rang. Im Jahr 2011 ist der südliche Teil des bis dahin namenlosen Bahnhofsvorplatzes zum Gedächtnis an den Kieler Matrosenaufstand, mit dem der Aufbruch in die deutsche Demokratie begann, in den „Platz der Kieler Matrosen“ umbenannt worden. Wir wollen bereits vorhandene Initiativen stärken und die Kunst- und Kulturszene der Stadt dazu anregen, unsere Stadt und die Vielfalt ihres kulturellen Angebots unter dem Thema 100 Jahre Revolution - auch bundesweit – zu präsentieren.

Wir wollen die gute Nachbarschaft mit Partnern rund um die Ostsee vertiefen. Unsere Stärke ist die Region mit dem prägenden maritimen Charakter. Unsere kulturelle Initiativen, Projekte und Institutionen sollen aktiv diese Chance ergreifen und sich in der **Kooperation mit Partnern rund um die Ostsee** weiterentwickeln.

Kieler Woche

Wir wollen die Kieler Woche als von allen sehr geschätztes Volksfest, Segel-Event und Kulturereignis gemeinsam mit den Kielerinnen und Kielern und den Partnern der Kieler Woche weiterentwickeln. Der Grundsatz „**umsonst, draußen und für alle**“ ist dabei unumstritten, an der großen Anzahl und Vielfalt an Veranstaltungen sollen alle Anteil haben können. Das rege Interesse an der Kieler Woche macht zum einen deutlich, wie wichtig sie den Bürgerinnen und Bürgern ist, und ist auch ein Zeichen, dass die Bürgerbeteiligung in dieser Frage ernst genommen werden muss.

Wir wollen die Kieler Woche als großes Fest für **Kinder und Jugendliche** erhalten und neue Konzepte entwickeln. Beispielsweise könnte in Zusammenarbeit mit der Kieler Gastronomie an geeigneten Kieler-Woche-Ständen gemeinsam mit Kindern

gekocht werden – so würde eine weitere Attraktion für Kinder geschaffen werden und sie könnten zugleich lernen, sich selbst gesundes Essen zuzubereiten.

485 Um die **Internationalität** der Kieler Woche zu stärken, könnte zum einen das Kieler-
Woche-Programm in mehreren Sprachen herausgegeben werden – bei der Überset-
zung könnten Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mithelfen. Andererseits
könnten Schulen mit den internationalen Gästen der Marine Partnerschaften verein-
baren.

490 Die Kieler SPD hat einen großen Wunsch nach **Ruhezonen** wahrgenommen – gera-
de älteren Menschen ist die Kieler Woche oft zu laut. Wir wollen darüber hinaus die
Barrierefreiheit der Kieler Woche konsequenter durchsetzen, um die Veranstaltungen
für Menschen mit Beeinträchtigungen attraktiver und besser zugänglich zu machen.
Den älteren Kielerinnen und Kielern wollen wir es durch organisatorische Anpassun-
gen ermöglichen, an „ihrer Kieler Woche“ teilzuhaben.

495 **Geschlechtergerechtigkeit**

Für die Kieler SPD bedeutet Geschlechtergerechtigkeit, dass Frauen und Männer
gleiche Chancen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen haben. Auf dieses Ziel ist un-
sere **Gleichstellungspolitik** ausgerichtet. Daher haben wir einen Gleichstellungs-
ausschuss eingerichtet, der die spezifischen Belange von Frauen thematisiert und
500 berücksichtigt, und in der Verwaltung Gender Mainstreaming und Gender Budgeting
eingeführt. Die Erfahrungen mit diesen Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit der
Gleichstellungsbeauftragten bewerten und die Instrumente weiterentwickeln. In der
Stadtverwaltung konnten wir den Anteil von Frauen in Führungspositionen verbes-
sern und wollen diese erfolgreiche Frauenförderung fortführen.

505 In allen kommunalen Politikbereichen wollen wir für **spezielle Bedürfnisse von
Frauen und Männern** Lösungen entwickeln. So unterstützen wir die spezifische Be-
ratung von Jungen und Männern. Ebenso wollen wir das Angebot eines Frauen-Taxis
prüfen, um Mädchen und Frauen einen angstfreien Heimweg und damit die Möglich-
keit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Ein weiteres Beispiel ist
510 die Einführung von Frauen- beziehungsweise Männer-Badestunden in den städti-
schen Schwimmbädern.

Um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu unterstützen, haben wir in den letz-
ten Jahren das Kinderbetreuungsangebot massiv ausgebaut. Hiervon profitieren be-
sonders oft junge Mütter, die nun die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst
515 zu bestreiten und sich eine vernünftige Altersvorsorge zu erarbeiten.

Kieler Fraueneinrichtungen, die sich für die **Aus- und Fortbildung von Frauen** und
ihre Integration in das Berufsleben einsetzen, wollen wir weiter fördern. Von der eige-
nen Hände Arbeit leben zu können – dieser Grundsatz muss auch für Frauen gelten.
Wir wollen daher mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Privatwirt-
520 schaft und wollen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften die

Arbeitsbedingungen für Frauen verbessern. Beispielsweise wollen wir den Anteil an Minijobs, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, verringern.

Die **Frauenfacheinrichtungen** leisten eine unverzichtbare Arbeit für von Gewalt bedrohte oder aus anderen Gründen hilfsbedürftige Mädchen und Frauen. Wir werden
525 uns dafür einsetzen, dass sie weiterhin die notwendige finanzielle Ausstattung erhalten. In den letzten Jahren konnten wir ihnen angesichts der Kürzungen durch die letzte Landesregierung mit kommunalen Mitteln eine Perspektive bieten.

Den Anspruch auf diskriminierungsfreie Teilhabe wollen wir besonders auch für Frauen umsetzen, die von **Mehrfachdiskriminierung** (Intersektionalität) betroffen sind.

530 Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass bei der **Arbeit in den Mädchen- und Jugendtreffs** gesellschaftliche Rollenzuweisungen aufgebrochen werden und Kinder frühzeitig einen achtungsvollen diskriminierungsfreien Umgang miteinander lernen. Gemeinsam mit Jugendorganisationen und den Besitzerinnen und Besitzern von Gaststätten und Diskotheken wollen wir eine **Kampagne gegen sexuelle Belästigung**
535 initiieren. Wir setzen uns dafür ein, mehr Männer in Bildungsberufe zu integrieren, damit die Erziehung zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gelingen kann.

Wir haben ein offenes Ohr für die Sorgen und Wünsche von **Lesben und Schwulen** sowie all jenen Menschen, die eine sexuelle Identität oder Orientierung außerhalb der Heteronormativität haben. Wir setzen uns für einen Erhalt der Beratungsangebo-
540 te ein und wollen in der Schule und in der Mädchen- und Jugendarbeit Diskriminierungen unterbinden sowie niedrigschwellige Beratung anbieten.

Vielfalt in unserer Stadt

Stadtgesellschaften sind seit jeher davon geprägt, dass viele Menschen auf vergleichsweise engem Raum zusammenleben, die verschiedene Interessen, Eigen-
545 schaften und Hintergründe haben. Durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise Migration, neue Formen des Zusammenlebens und eine Individualisierung ist die **gesellschaftliche Vielfalt** noch breiter geworden.

Diese Vielfalt bereichert unsere Stadt, kann aber gerade in der massenhaften Kommunikation zu Phänomenen wie bewusster oder unbewusster **Diskriminierung und**
550 **Ausgrenzung** von Einzelnen oder Gruppen führen. Die Kielerinnen und Kieler richten an eine moderne Stadtverwaltung den Anspruch, dass sie vorurteilsfrei, gleich und gerecht mit den Bürgerinnen und Bürger und ihren Wünschen und Sorgen umgeht.

Unsere Kommunalpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Verschiedenheiten von
555 Menschen nicht nur toleriert werden. Vielmehr leitet uns eine **Bewusstheit der Vielfalt**: Verschiedenheit von Menschen soll bereits bei der Gestaltung unserer Stadtgesellschaft mitgedacht und berücksichtigt werden, sodass sich Bürgerinnen und Bürger mit besonderen Bedürfnissen nicht wie Problemfälle oder Bittsteller behandelt fühlen. Solche speziellen, bisher oft kaum berücksichtigte Gruppen sind zum Bei-
560 spiel:

Alleinerziehende sind von besonderen Belastungen betroffen, da sie unter anderem stärker von Armut bedroht sind und bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche benachteiligt werden. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kinderbetreuung können noch stärker auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und ihren
565 Kindern abgestimmt werden. Spezielle Angebote wie das in Nordrhein-Westfalen entwickelte und erfolgreich eingesetzte PALME-Elterntraining können dies ergänzen.

Von alltäglicher und oft auch offener Diskriminierung sind **dicke Menschen** betroffen – aufgrund von über die Medien verbreiteten Stereotypen aber auch durch nachweisbare Benachteiligungen im Arbeits- und öffentlichen Leben. Eine positive Darstellung
570 von dicken Menschen und die schulische Förderung eines positiven Körpergefühls ist zugleich eine wirkungsvolle Prävention für Phänomene wie Essstörungen. Ebenso könnte im neuen Schwimmbad eine XXL-Badestunde analog zur Frauenbadestunde angeboten werden.

Ältere Arbeitslose haben laut einer IAB-Studie auch bei hoher Qualifikation und trotz ihrer Erfahrung nur geringe Chancen auf eine neue Beschäftigung. Dies ist ein drängendes Thema für die kommunale Arbeitsmarktpolitik – sie steht allein schon in der Verantwortung, um ein Abstürzen in prekäre Arbeitsverhältnisse oder eine unwürdige Arbeitslosigkeit bis zur Rente zu vermeiden, während gleichzeitig ein Fachkräftemangel beklagt wird. Zudem kann so Altersarmut wirksam vorgebeugt werden. Wir
575 wollen einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden initiieren, um lokale Lösungen für ältere Arbeitslose zu finden.

Chronisch Kranke werden häufig als nur vermindert leistungsfähig angesehen und erfüllen nicht alle Erwartungen der so genannten Leistungsgesellschaft. Zugleich kann eine eingeschränkte Mobilität oder fehlende Ausstattungen von öffentlichen
585 Räumen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken. In Zusammenarbeit mit Selbsthilfeorganisationen können Anpassungen vorgenommen und Konzepte für soziale Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Städtische Verwaltung und Personal

Die Kieler SPD ist die Partei der „**guten öffentlichen Leistungen**“. Solche guten öffentlichen Leistungen können nur von einer guten öffentlichen Verwaltung erbracht
590 werden. Wir wissen die hohe Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der über 4.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt und der vielen weiteren Beschäftigten der städtischen Unternehmen, die für die Kielerinnen und Kieler arbeiten, zu schätzen: in den Kindertagesstätten, in den Schulen, in der Feuerwehr, im Krankenhaus, in der
595 Müllabfuhr und in der Straßenreinigung, in der Verwaltung und in den öffentlichen Betrieben, in den Museen und auf den Bühnen und an vielen anderen Stellen in unserer Stadt. Sie leisten ihren Beitrag für eine bürgernahe Daseinsfürsorge.

Demokratie beginnt in der Kommune und muss heute mehr sein als die Teilnahme an Wahlen. Die Kieler SPD will daher die Menschen in Kiel ermutigen, sich in die Stadt-
600 politik einzumischen, und will **politische Teilhabe und Beteiligung** in großem Umfang ermöglichen. Wir wollen die Ortsbeiräte und Beteiligungsgremien in die Gestal-

tung der Stadt einbinden und zum Beispiel durch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirats den Einfluss der Jüngsten unserer Gesellschaft stärken.

605 Gemeinsam mit den Personalvertretungen, den Schwerbehindertenvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten werden wir die vorhandenen Konzepte und Regelungen zur **Personalentwicklung** (z. B. Fortbildungskonzept, Betriebliches Gesundheitsmanagement) umsetzen, weiter entwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Uns ist wichtig, dass die Vorgesetzten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Personalentwicklung beraten und unterstützen.

610 Eine abgeschlossene **Berufsausbildung** trägt dazu bei, die Chancen auf einen Job deutlich zu verbessern. Wir haben dafür gesorgt, dass auch die Landeshauptstadt Kiel wieder einen angemessenen Beitrag zur Sicherung eines **ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes** leistet. Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze hat sich nahezu verdoppelt. Besonders lag uns am Herzen, dass auch Ausbildungsplätze für
615 Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss geschaffen werden. Diese haben es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen, dass unsere **Stadtverwaltung** auch zukünftig ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur **Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatzangebotes** nachkommt. Damit wird auch ein Beitrag dazu geleistet, um die durch die
620 demographische Entwicklung (aus Altersgründen ausscheidende Beschäftigte) frei werdenden Stellen - sofern erforderlich - wieder besetzen zu können.

Wir sehen in einem **Diversity-Management** im Personal der Stadtverwaltung die Möglichkeit, um auch hier Chancengleichheit zu realisieren und die individuelle Verschiedenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Stadt zu nutzen. Wert-
625 schätzung und Bewusstsein für die Einzigartigkeit jedes Individuums und eine die Vielfalt berücksichtigende Personalpolitik können über Kiel hinaus Vorbild sein. Um mehr Chancengleichheit schon bei der Bewerbung zu erreichen kann die Stadt zum Beispiel bei Stellenanzeigen darauf hinweisen, dass sie keine Fotos verlangt – langfristig soll die Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens geprüft werden.
630

Wir werden uns für ein Handlungskonzept einsetzen, damit **mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund** für die Stadtverwaltung gewonnen werden können. Die Stadtverwaltung soll organisatorisch und personell auf ein verstärktes europäisches Engagement und auf interkulturelle Kompetenzen ausgerichtet werden, um gemeinsame Projekte zu realisieren und europäische Fördermittel zu nutzen. Dazu wird die Mehrsprachigkeit gefördert.
635

Wir wollen die **Reform und die Modernisierung der Verwaltung** weiter vorantreiben. Die Reform und Modernisierung der Verwaltung hat allen Kielerinnen und Kieler zu dienen. Dabei werden wir berücksichtigen, dass die globale technische Entwicklung eine Weiterentwicklung unserer E-Government-Strategie ermöglicht (z. B. schnelles Internet, Nutzung von gemeinsamen IT-Plattformen, bundesweite/landesweite DV-Lösungen). Wir verkennen dabei realistisch nicht, dass Bundes- und Landesgesetze mögliche Lösungswege durch ihre Vorgaben (noch) verschließen kön-
640

nen. Wir berücksichtigen die gesellschaftliche Entwicklung, dass Bürgerinnen und
645 Bürger Dienstleistungen schnell und unbürokratisch, aber nicht mehr persönlich vor
Ort erledigen wollen, aber auch, dass ein Teil der älteren Generation verstärkt Leis-
tungen nachfragt, die zunehmend im direkten Wohnumfeld erbracht werden sollen.

Wir wollen den Einsatz von digitaler **Informations- und Kommunikationstechnolo-**
gie für einen besseren Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern und zu einer Optimie-
650 rung des Dienstleistungsangebots genutzt. Zugleich werden Behörden und kommunalpolitische
Entscheidungen transparenter, die Beschleunigung von Verwaltungs-
prozessen macht Kiel als wirtschaftlichen Standort attraktiver.

Wir werden positive Beispiele wie das Münchner Projekt „LiMux“, bei dem Teile der
städtischen Verwaltung schrittweise auf **Open-Source-Produkte** umgestellt wurden,
655 als Vorbild nehmen und ein ähnliches Projekt für unsere Stadt prüfen. Der Erfolg der
Kieler Linux-Tage zeigt, dass davon auch kompetente Unternehmen aus der Region
profitieren können.

Die Kieler SPD achtet darauf, dass **E-Government** nur die technische Unterstützung
einer modernen Verwaltung sein kann. Am Ende von Behördenentscheidungen müs-
660 sen städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen; eine „Entmenschlichung“ der
Kommunalverwaltung wollen wir vermeiden. Die Einführung von E-Govern-
ment-Strukturen ist nur dann sinnvoll, wenn sie zu einer deutlichen qualitativen Ver-
besserung oder einer absehbaren Kosteneinsparung führt. Teure gescheiterte Expe-
rimente wie „Würzburg integriert“ wird es mit der Kieler SPD nicht geben.

665 Wir werden die Aufgabenbereiche identifizieren, die nicht das Fundament unseres
kommunalen Wirkens wegsparen, sondern anders, effizienter und gegebenenfalls mit
weniger Personal erledigt werden können. Absehbare Personalabgänge werden ge-
nutzt, um die einzelnen Stellen einer „**stellenscharfen Aufgabenkritik**“ zu unterzie-
hen.

670 Wir setzen weiter auf die **interkommunale Zusammenarbeit** – insbesondere mit
den Umlandgemeinden und den Kreisen –, um unnötige Doppelstrukturen abzubau-
en.

Einsparungen werden wir auch durch eine konsequente und zielgerichtete **Ge-
schäftsprozessoptimierung** generieren.

675 **Kiel und seine Partner**

Unsere Stadt unterhält zehn **besondere Partnerschaften mit Städten anderer Na-**
tionen (Brest/Frankreich, Coventry/Großbritannien, Vaasa/Finnland, Gdingen/Polen,
Talinn/Estland, Stralsund/Deutschland, Kaliningrad/Oblast Kaliningrad, Sowjetsk/Ob-
last Kaliningrad und Samsun/Türkei und Antakya/Türkei). Die Verträge mit Samsun
680 und Antakya sind erst im Jahr 2012 beschlossen worden. Darüber hinaus wird eine
weitere Städtepartnerschaft im Rahmen einer mit externen Mitteln geförderten
„Kommunalen Klimapartnerschaft“ mit dem Landkreis Moshi Rural in Tansania vorbe-
reitet.

685 Ebenso unterhält unsere Stadt **freundschaftliche Beziehungen** zu zwölf weiteren
Städten (Kopenhagen/Dänemark, Drammen/Norwegen, Oslo/Norwegen,
Göteborg/Schweden, Malmö/Schweden, Stockholm/Schweden, Helsinki/Finnland,
Riga/Lettland, Vilnius/Litauen, Rostock/Deutschland, Jerusalem/Israel und
Qingdao/China).

690 Wir wollen die Kieler Städtepartnerschaften mit Leben erfüllen. Mit unseren Partnern
wollen wir über Fragen der Entwicklung von Bürgergesellschaften, des sozialen Wan-
dels, des Jugendaustausches, der wirtschaftlichen Veränderungen und vieles mehr
sprechen. Wir wollen, dass unsere Stadt in allen wichtigen Städtenetzwerken in Eu-
ropa vertreten ist. Längst ist die Kooperation in diesen Netzwerken für die Städte von
großer Bedeutung für ihre zukünftige Entwicklung geworden. Gegenseitiges Lernen
695 verbindet.

Nach wie vor sind die **Bundeswehr** und mit ihr die **Marine** wichtige Arbeitgeber in
unserer Stadt. Der Standort Kiel ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt.
Wir wollen uns intensiv für den Erhalt des Marinestützpunktes und eine jede mögli-
che Stärkung des Bundeswehrstandortes einsetzen. Trotz Reduzierung von Dienst-
700 stellen und -posten der Bundeswehr in Kiel ist es auch durch die Imagebroschüre der
Stadt „Kiel – Heimathafen der Marine“ gelungen, Kiel als größten Bundeswehrstand-
ort in Schleswig-Holstein zu erhalten. Die Kieler SPD steht auch in Zukunft fest an
der Seite der Bundeswehr und ist für die Aufnahme weiterer Einheiten offen.

Gegen Rechtsextremismus in Kiel!

705 Wir wissen, dass sich rechtsextremistisches Gedankengut leider auch in der Landes-
hauptstadt Kiel zeigt: in Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, in der
Verbreitung von Hassparolen und Schmierereien, in der Verübung von Straftaten mit
rechtsextremem Hintergrund und auch im Einzug eines Mitglieds einer vom Verfas-
sungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei in die Ratsversammlung zur Kom-
710 munalwahl im Mai 2008.

Wir haben gehandelt - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlich-
keit in unserer Stadt. Unsere Stadt nimmt am **Förderprogramm „Toleranz fördern –
Kompetenz stärken“** des Bundes teil und stellt entsprechende **Aktionspläne** auf,
für die nördlichen Stadtteile Pries/Friedrichsort, Schilksee, Wik, Holtenau. Diese Ein-
715 grenzung erfolgte aufgrund verstärkter Aktivitäten rechtsextremistischer Jugendlicher
im Kieler Norden. Das Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt seit dem 1. Ja-
nuar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme "Vielfalt tut gut. Ju-
gend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" und "kompetent. für Demokratie - Bera-
720 tungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" unter einem gemeinsamen Dach fort. Es
zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für
Vielfalt und Toleranz zu fördern. Angesprochen werden sollen besonders Kinder und
Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, lokal einflussreiche

725 staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Wir haben dafür gesorgt, im Bereich der **Jugendarbeit** für Projekte im Rahmen von „Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie“ erstmals Mittel vorgesehen wurden und auch weiterhin bereit stehen.

730 Wir setzen Mittel aus dem Bereich der **Kulturpädagogik** für die Zusammenarbeit mit dem Theater, mit den Hochschulen und für aufsuchende Kulturarbeit an den Kieler Schulen mit dem Schwerpunkt „Extremismusprävention“ ein.

735 Wir stehen zu der fruchtbaren **Zusammenarbeit im Forum für Migrantinnen und Migranten** und den vielen Migrantenorganisationen und -vereinen sowie Gemeinden. Sie sind für Kiel als Stadt der Vielfalt bereichernd und unerlässlich. Von daher werden wir nach Wegen suchen, diese Kooperation zu stärken.

Wir wollen **rechtsextreme Schmierereien** im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs der Stadt auch in Zukunft **zügig beseitigen**. Wir wollen uns darüber hinaus an den Aktionen von Bürgerinitiativen beteiligen, die in ihren Stadtteilen Aufkleber und Plakate von den Straßenlaternen und Hauswänden in Eigeninitiative entfernen.

740 Unsere Stadt bleibt Mitglied in der „**Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus**“. Dass sie dies geworden ist, dafür haben wir im Jahr 2009 gesorgt.

Die **NPD** und ihr Vertreter in der Ratsversammlung sind und bleiben als Verfassungsfeinde aus dem demokratischen Diskurs ausgeschlossen.

Zweitens: Sozial

745 Unsere Sozialpolitik dient dem Ziel, dass die Menschen ihr Leben menschenwürdig gestalten können. Bestandteil dieser Politik ist die soziale **Gerechtigkeit**. Ziel ist, dass möglichst alle Menschen, Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige zum Beispiel, an dem Reichtum der Gesellschaft und seiner Entwicklung teilhaben können. Unsere Sozialpolitik soll schützen und ausgleichen, aber auch helfen. Gesellschaftspolitik, die der Veränderung ungerechter Einkommens- und Vermögensverhältnisse dient, kann die Sozialpolitik nicht ersetzen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist auch einer um mehr Solidarität: Die Starken müssen mehr für das Gemeinwohl leisten als die Schwachen.

755 Die Sozialpolitik und Bildung sind die Schwerpunkte unserer Politik für die „Soziale Stadt“. Diese Bereiche wollen wir von strukturellen Kürzungen ausnehmen, Haushaltseinsparungen werden wir unter einen „**Sozialvorbehalt**“ stellen. Das heißt, wir werden sie darauf prüfen, welche sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen sie für die Stadt haben.

So wollen wir unsere Stadt gestalten: „**Sozial**“!

760 Wohnen

Kiel ist eine traditionelle Industriestadt mit Marinegeschichte und zugleich ein moderner Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandort. Als Stadt an der Förde hat Kiel die Möglichkeit, seinen Einwohnerinnen und Einwohnern eine hohe Wohn- und Lebensqualität zu bieten. Wir wollen eine Politik des „**guten Wohnens**“ als zentrales Feld der sozialen Gestaltung des Zusammenlebens entwickeln und stellen uns den Herausforderungen des demographischen und des strukturellen Wandels in unserer Stadt.

770 Wir gehen gemeinsam mit Stadtplanerinnen und Stadtplanern davon aus, dass unsere Stadtbevölkerung bis zum Jahr 2025 noch einmal um etwa 10.000 Menschen wachsen wird, weil in Zukunft mehr Menschen nach Kiel ziehen werden als dass sie Kiel verlassen. Jedoch wird die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen nahezu gleich groß bleiben, während die Altersgruppe der jüngeren Erwachsenen zwischen 20 und 44 Jahren erheblich – um fast ein Sechstel – kleiner werden wird. Dagegen wird die Zahl der 45- bis 65jährigen Kielerinnen und Kieler als auch die Zahl der Kielerinnen und Kieler, die älter als 65 Jahre sind, jeweils um etwa 20% ansteigen. Dies muss Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben. Schon heute sind die meisten Haushalte in unserer Stadt Ein-Personen-Haushalte (55%). Je mehr Menschen in den nächsten Jahren nach Kiel ziehen werden, desto mehr Haushalte und desto mehr Ein-Personen-Haushalte sind zu erwarten.

780 Vier Fünftel aller Kieler Wohnungen befinden sich in Mehrfamilienhäusern in Geschosswohnungen, das restliche in Einfamilienhäusern. Seit Ende der neunziger Jahre werden in unserer Stadt deutlich weniger Wohnungen gebaut. Wir erkennen

einen **Neubedarf an Wohnraum in Kiel**, um die künftige Nachfrage decken zu können – zum einen für Zugezogene, zum anderen als Ersatz für abgerissene, baufällige alte Wohnungen. Wir wollen **vorhandene Wohnbauflächen** im innerstädtischen und innenstadtnahen Bereich **aktivieren**, z.B. Alte Feuerwache, rund um den Alten Markt und an der Hörn. Auf dem Gelände des derzeitigen Marinefliegergeschwaders 5 im Stadtteil Holtenau wollen wir Wohnen ermöglichen, aber nur, soweit es die wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, weder im Holtenauer Unterland, wo wir den Schwerpunkt auf eine gewerblich-industrielle Nutzung am Wasser legen wollen, noch in dem von uns angestrebten spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn (Airpark) im Holtenauer Oberland.

Wir wollen auch in Zukunft bewährte Instrumente in der Wohnungspolitik nutzen. Dazu gehören das **Wohnungsmarktkonzept** mit Hinweisen für eine Entwicklung des Wohnungsmarktes in den Stadtteilen – gerade zur Bekämpfung von Leerständen auf dem Ostufer. Die Hälfte des Kieler **Geschosswohnungsbaus** ist aus Wohnungsbeständen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre und bedarf der **Modernisierung**, die meisten von ihnen sind in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof, in denen das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ umgesetzt wurde und wird. Aber auch die Stadtteile Schilksee, Pries und Friedrichsort, Holtenau, die Altstadt, Hasseldieksdamm, Gaarden-Süd und Kronsburg, Ellerbek, Wellingdorf, Neumühlen-Dietrichsdorf und Rönne haben besonderen Entwicklungsbedarf am Bestand und an der Schaffung neuen Wohnraums. Wir wollen in diesen Stadtteilen die Infrastruktur, das Wohnumfeld und die sozialräumlichen Verhältnisse verbessern.

Wir streben den Aufbau einer **kommunalen Wohnungsgesellschaft** unter Beteiligung von Kieler Bürgerinnen und Bürger **z.B. als Genossenschaft** an. Darüber hinaus wollen wir mit anderen Wohnungsbaugenossenschaften kooperieren. Dazu soll geprüft werden, ob der vorhandene Wohnungsbestand der Stadt Kiel als Grundstock für eine solche kommunale Wohnungsgesellschaft eingebracht werden kann.

Wir wollen den **Mietspiegel** zum Interessenausgleich zwischen Vermieter und Mieter auch in Zukunft nutzen. Wir wollen eine sozial verträgliche und behutsame **Miethöhenregelung** für die Übernahme von Mietkosten, damit einerseits Sozialleistungsempfängerinnen und –empfänger nicht aus ihren Stadtteilen wegziehen müssen, andererseits die Stadt aber die Mieten auf dem Wohnungsmarkt nicht in die Höhe treibt und so vor allem Rentnerinnen und Rentner und Geringverdienende trafe.

Wir wollen weiterhin konkrete Projekte im Rahmen des Städtebauförderprogramms „**Soziale Stadt**“ zur Verbesserung des Wohnumfeldes und die **Stadtteilbüros** in Gaarden, auf dem Ostufer und in Mettenhof zur Unterstützung der Stadtteilbevölkerung fördern. Wir wollen neue innovative Projekte zur **energetischen Stadtteilerneuerung** wie das Gaarden-Quartier und stadtteilbezogene Aktivitäten zur Bewältigung des demografischen Wandels, z.B. in Ellerbek umsetzen.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Kieler **Erbbaugrundstücke** nicht – wie noch von anderen Mehrheiten beschlossen – an private Investoren veräußert werden. Wir stehen auch in Zukunft dafür: Unsere Stadt ist und bleibt die Verpächterin von Erbbau-

825 grundstücken an die Erbpächterinnen und Erbpächter. Wir wollen **auch in Zukunft Erbpachten vergeben**, vor allem an junge Familien und Normalverdienerinnen und –verdiener, damit diese nicht aus unserer Stadt wegziehen müssen, um sich ein eigenes Haus bauen zu können. Für Geringverdienerinnen und Geringverdiener haben wir den Erbbauzins von 4% auf 2% ermäßigt. Das Erbbaurecht ist ein wichtiges, sozial und ökologisch geprägtes Instrument der Stadtentwicklung, der Wohnungspolitik und der Bodenbewirtschaftung.

Wir wollen Konzepte für „**neue Nachbarschaften**“ wie **generationenübergreifendes Wohnen** und **selbstorganisiertes Wohnen** von Menschen z.B. in Genossenschaften unterstützen. Wir wollen **barrierefreien Wohnraum** besonders für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt. Wir nehmen Inklusion, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ernst: Wohnen ist ein elementarer Teil von Inklusion. Deshalb wollen wir **betreute Wohnangebote** schaffen und weiterentwickeln.

Wir wollen den Dialog mit der Wohnungswirtschaft, den Mieterorganisationen und weiteren Interessenorganisationen wie z.B. dem Studentenwerk Schleswig-Holstein für die Entwicklung einer breit getragenen kommunalen Wohnungspolitik ausbauen.

Wir wollen eine **stadtteilorientierte Wohnungspolitik** unter Berücksichtigung der Bedarfe für „einkommensschwache Haushalte“, „studentisches Wohnen“ und „barrierefreies Wohnen“ umsetzen. Außerdem sollen in den Stadtteilen Möglichkeiten zur Vernetzung mit Aktivitäten im Rahmen der lokalen Ökonomie, z.B. die Unterstützung von kleinen Gewerbetreibenden und Dienstleistern, hergestellt werden.

Wir wollen die kommunale Wohnungspolitik als Bestandteil einer integrierten und nachhaltigen Stadtpolitik fortsetzen und ausbauen. Dazu wollen wir das **Amt für Wohnen und Grundsicherung als Steuerungs- und Förderinstrument** für eine kommunale Wohnungspolitik im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEKK) stärken. Kiel soll ein attraktiver Wohnort für alle Bürgerinnen und Bürger bleiben. Eine soziale Spaltung zwischen und in den Stadtteilen soll vermieden werden.

Arbeitsmarktpolitik

Arbeit und Beschäftigung sind in der Summe mehr als Geldverdienen. In Deutschland und auch in unserer Stadt definiert sich gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe über Arbeit. Politik schafft selbst keine Arbeit, aber sie kann die Voraussetzungen verbessern, dass Arbeitsplätze durch die Wirtschaft geschaffen, bestehende Arbeitsplätze gesichert und Teilhabe ermöglicht wird. Die Vermittlung von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt ist und bleibt wesentliche Aufgabe der **Arbeitsmarktpolitik**. Wir haben immer auf die gemeinsame Anstrengung der Stadt, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter Kiel und den Arbeitgebern gesetzt, Beschäftigungsmöglichkeiten herzustellen – und auf die Arbeitssuchenden, sich für einen Arbeitsplatz zu qualifizieren. Die **Arbeitslosenquote sinkt** nun allmählich: Sie ist im Sommer 2012 erstmals seit dem Jahr 1992 wieder unter die Zehn-Prozent-Marke gefallen. Wir werden an diesen Erfolg anknüpfen.

Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter Kiel auf unsere Stadt bezogene **Arbeitsförderungsinitiativen** und einem Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme durchführen, um arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dieser Beitrag
870 wird auch in Zukunft und auch bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit gebraucht. In Kiel müssen die Instrumente der Arbeitsmarktförderung mit hoher Priorität in Richtung auf Qualifizierung eingesetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir mit einer **Beschäftigungsinitiative** erreichen, dass alle Arbeitssuchenden, die mittelfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden
875 können, in einem **zweiten Arbeitsmarkt** eine Beschäftigung erhalten. Das verlangt eine Initiative, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten schafft. Hierzu gehören durch-
880 aus anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgaben, aber auch einfachere sinnstiftende Tätigkeiten in jeweils unterschiedlichen Formen, Ausprägungen – mit abgestuften finanziellen Zuwendungen sowie breit gestreute Einsatz- und Arbeitsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Zielgruppen, z.B. in Stadtteilbüchereien, Schwimm- und Sport-
885 hallen, Kindertageseinrichtungen und Schulen, Kirchengemeinden und –einrichtungen sowie in gemeinnützigen Institutionen, bei freien Trägern, gesellschaftlichen Gruppen und ggf. auch in privat-gewerblichen Betrieben. Die Arbeit muss flexibel und unbürokratisch organisiert werden, eine sinnvolle Tätigkeit darstellen und die indivi-
890 duellen Stärken und Fähigkeiten der oder des Einzelnen berücksichtigen. Eine Öffnung des Systems „nach oben“ soll sicherstellen, dass Leistung, Zuverlässigkeit und Engagement belohnt werden und eine persönliche Perspektive und Entwicklung ermöglicht werden kann, ein strukturiertes Anreizsystem geschaffen wird, das motivati-
895 onsfördernd wirkt und das zugleich eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nicht konterkariert, die Gründung eines von der Stadt mit zu tragenden regionalen Netzwerks von Anbietern und Bildungsträgern, die sich zur sozialräumlichen Herangehensweise verpflichten, veranlasst wird. Wir wollen, dass unsere Stadt auch künftig ein deutliches finanzielles Engagement für beschäftigungsfördernde und beschäftigungswirksame Initiativen aufbringt.

Der Bereich der kommunalen Arbeits- und Beschäftigungspolitik soll in einem **besonderen Dezernat der Stadtverwaltung** verankert sein, um die Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung des Bundes, anderen öffentlichen Stellen und den Arbeitgebern in der Stadt und der Region besser koordinieren zu können.

Wir verwirklichen eine kommunale Arbeitsmarktpolitik, die den absehbaren Fachkräftemangel radikal angeht und gleichzeitig erkennt, dass es besondere Gründe gibt, warum erwerbsfähige Menschen arbeitslos sind. Deshalb sollen **arbeitslose Mütter und Väter**, für welche die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit von einer Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind oder ihre Kinder abhängt, **mittelfristig einen Arbeitsplatz und gleichzeitig einen Betreuungsplatz vermittelt bekommen**. Das ermöglicht wieder eine selbstbestimmtes Leben mit eigenem Erwerbseinkommen und wirkt dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegen.

Wir wollen eine **stärkere Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen mit den Kieler Hoch-, Fach- und Berufsschulen** an, um die berufliche Aus- und Weiterbildung zu verstärken. Hier soll ein Forum für einen ständigen Dialog mit allen Akteuren der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Stadt- und Arbeitsverwaltung eingerichtet werden.

Wir wollen **Langzeitarbeitslosen eine öffentlich geförderte, sozialversicherte Beschäftigung ermöglichen statt nur Sozialleistungen auszubezahlen**. Menschen, deren Einkommen mit Sozialleistungen (z.B. SGB II) aufgestockt werden muss, nehmen wir in den Fokus der Vermittlung der Arbeits- und Sozialverwaltung. Dies entlastet auch den Stadthaushalt, aus welchem sonst die Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und jenen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, bezahlt werden müssen. Jedes Jahr muss unsere Stadt mehr als zwei Millionen Euro dafür ausgeben, Menschen mit Sozialleistungen finanziell zu unterstützen, die von ihrem Arbeitslohn allein nicht leben können. Wir fordern deshalb die rasche Einführung eines **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns** – schon um der betroffenen Menschen willen und auch, um den Kieler Stadthaushalt und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von solchen Zuzahlungen zu entlasten.

925 **Sozialpolitik**

Wir wissen, dass sich nicht alle Menschen aus eigener Kraft eine gesicherte Existenz aufbauen können. Denn unsere **Sozialpolitik** besteht nicht mehr nur in dem Schutz vor Hunger, Not und Obdachlosigkeit.

Wir stellen uns der **Verantwortung für eine starke soziale Stadt** und lehnen die Privatisierung sozialer Dienstleistungen ab. Gerade die Schwachen in unserer Stadt müssen sich auf kommunale Hilfen verlassen können. Sozialdemokratische Sozialpolitik dient dem Ziel, dass die Menschen ihr Leben menschenwürdig gestalten können. Bestandteil dieser Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Gesellschaftspolitik, die der Veränderung ungerechter Einkommens- und Vermögensverhältnisse dient, kann die Sozialpolitik nicht ersetzen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist auch einer um mehr Solidarität: Die Starken müssen mehr für das Gemeinwohl leisten als die Schwachen. Moderne Sozialpolitik muss sich fragen, ob das Verhältnis der Funktionen und Leistungen richtig gewichtet ist.

Wir wollen die Erkenntnisse über absehbare Bevölkerungsentwicklungen frühzeitig in unsere Politik integrieren und eine **präventive Sozialpolitik** etablieren. Hilfe und Unterstützung bedeuten in diesem Sinne ein ausgewogenes Fördern und Fordern: Fördern heißt: Benachteiligungen ausgleichen und Hilfeangebote machen. Fordern bedeutet: Wir erwarten, dass die Menschen sich auf diese Prozesse einlassen und ihren Beitrag nach ihren Möglichkeiten leisten.

945 Kiel ist von dem Problem der verstärkten **sozialräumlichen Polarisierung** betroffen. Im von der SPD angeforderten Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEKK) wurden benachteiligte Stadtgebiete Kiels identifiziert. Wir wollen eine integrierte Stadtteilentwicklung, die Erkenntnisse der Sozialraum- und Wohnungsmarktbeobachtun-

950 gen aufgreift und Konzepte für Sozialraumplanung, Infrastruktur und Nahversorgung entwickelt.

Durch eine **sozialräumliche Zusammenarbeit** von Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und sozialen Diensten wollen wir insbesondere die Bildungschancen von Jugendlichen verbessern und Eltern unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die sozialen Ressourcen stärker dort einsetzen, wo sie wirklich benötigt werden, und die **interdisziplinäre Maßnahmeplanung** der Stadtverwaltung für die „Sozialräume mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte“ fortführen.

Die Kieler SPD will auf allen Ebenen **Armut** bekämpfen. Unter Armut verstehen wir einen Zustand soziale Benachteiligung und den Mangel an lebenswichtigen Gütern, der eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe erschwert.

960 Wir bekämpfen die **Kinderarmut** in Kiel. Wir haben alle politischen Entscheidungen darauf geprüft, ob und wie sie Kinderarmut eingrenzen können und werden dies fortsetzen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Kindern aus benachteiligten und einkommensschwachen Familien kann durch gezielte Hilfsangebote und aktivierende Sozialarbeit erreicht werden. Wir haben durch das Programm „Kids in die Clubs“ und vergünstigte Eintritte bei Kultureinrichtungen die Teilhabe an Kultur- und Sportangeboten ermöglicht. Und mit der Einführung des **Kiel-Passes** ist es inzwischen gelungen, vielen finanziell benachteiligten Menschen in Kiel den Zugang und die Teilhabe am sportlichen, kulturellen und Freizeitleben in unserer Stadt zu erleichtern.

970 Kinderarmut resultiert in den meisten Fällen aus **Frauenarmut**. Oft resultiert sie daraus, dass Frauen wegen der Erziehung von Kindern-, oder der Pflege von Angehörigen ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben – sie benötigen Unterstützung beim Wiedereinstieg in das Berufsleben. Der Ausbau der Kinderbetreuung in den letzten Jahren unterstützt dies. Die Beratung der von Armut betroffenen Frauen unterstützen wir und setzen uns für mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und in der Stadtverwaltung ein.

980 Der Gefahr von **Armut im Alter** wollen wir durch eine vorsorgende Sozialpolitik begegnen. Präventiv wollen wir die Einkommenssituation von Erwerbstätigen verbessern und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Angebot seniorengerechten und bezahlbaren Wohnens in allen Stadtteilen ein. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, der menschliche Kontakt mit anderen darf nicht am Geld scheitern. Die gegenseitige Unterstützung in Nachbarschaften oder in Stadtteilnetzwerken wollen wir fördern und wo noch nicht vorhanden für moderne Konzepte der Nachbarschaftshilfe werben.

985 Wir wollen durch **Straßensozialarbeit** und vorbeugende Angebote helfen, Obdachlosigkeit zu vermeiden und bereits Obdachlosen Hilfestellung geben. Durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, kriminalpräventiven Räten, Streetworkern, Schulen und dem Gesundheits- sowie Sozialmanagement der Stadt kämpfen wir gegen **Drogen** und Drogenkriminalität.

990 **Integration und Migration**

Die Kieler SPD setzt sich für eine **Politik gesellschaftlicher Teilhabe** ein, die sich allen Gruppen mit geringer gesellschaftlicher Bindung widmet und breiter angelegt ist als die klassische Integrationspolitik, die sich hauptsächlich mit Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Ziel ist es, durch gesellschaftliche Teilhabe die Gesellschaft als Ganzes zu erweitern und vielfältiger zu machen. Wir wollen eher Angebote vorhalten als Verpflichtungen zu formulieren, aber auch nicht die Augen vor Problemen verschließen.

Die Kommune ist der **zentrale Ort von Integration** und eine Herausforderung für ein gemeinsames Zusammenleben. Die Vielfalt unterschiedlicher Kulturen und Herkunft sind eine Bereicherung für unsere Kommune und ein Potential für eine offene europäische Stadt. Die Kieler SPD setzt auf den Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft und fördern ihn. Daher unterstützen wir interkulturelle Veranstaltungen und Projekte, die einzelne Gruppen der breiten Bevölkerung näher bringen.

Wir wollen eine Kommunalverwaltung mit starken **interkulturellen Kompetenzen** und wollen sie entsprechend organisatorisch und personell ausrichten. Dazu fördern wir die Mehrsprachigkeit und die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integration und den interkulturellen Dialog verstehen wir als Querschnittsaufgabe.

In unserer Stadt leben Menschen mit 157 verschiedenen Nationalitäten, im Jahr 2009 betrug ihr Anteil 8,1 % der Gesamtbevölkerung; der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag bei 18,6 % und steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Wir wollen darstellen, dass viele dieser Menschen engagierte und wichtige Teile unserer Gesellschaft sind, denn **Migration** ist vor allem eine gesellschaftliche Bereicherung. Mit ihr verbunden sind auch spezielle Herausforderungen und Probleme, die wir durch ein **Integrationsmonitoring** begleiten. So wollen wir zukünftige Integrationsziele und Handlungsfelder herausfinden sowie die Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen überprüfen.

Wir wollen die Integrationsangebote speziell für **ausländische Kinder und deren Eltern** erweitern. Dazu gehören eine bilinguale Kinderbetreuung und die frühkindliche Sprachförderung. Durch eine intensive Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit, Bildungseinrichtungen und sozialen Diensten vor Ort sollen die besonderen Anforderungen einzelner Sozialräume gezielt ermittelt und bedient werden.

Die Kieler SPD unterstützt die Migrantenselbstorganisationen und Interessenvertretungen von Bevölkerungsgruppen mit besonderen Ansprüchen an eine Politik gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen **Netzwerke der Vielfalt** fördern, in denen die Kommune, die Träger sozialer Maßnahmen und die Vereinigungen gemeinsam Herausforderungen und Lösungen diskutieren und vereinbaren. Wir wollen die verschiedenen Organisationen und Interessenvertretungen in allen Fragen der Stadtpolitik beteiligen, die sie betreffen.

Generationen- und Altersgerechtigkeit

Die allgemeine **demographische Entwicklung** geht auch an unserer Stadt nicht vorüber: Der Anteil älterer Menschen wird größer. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen allein leben. Den unterstützenden Familienverbund gibt es immer selte-
1035 ner. Viele ältere Menschen geraten in eine soziale Isolation. Vor dieser Entwicklung wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Augen nicht verschließen. Ebenso darf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht am Geld scheitern.

Wir wollen ein neues **Miteinander von Alt und Jung**. Hierfür wollen wir den seniorengerechten Wohnraum in allen Stadtteilen erweitern, uns für eine menschenwürdige Pflege einsetzen und die Begegnung von Jung und Alt fördern. Wir unterstützen das Angebot von **Mehrgenerationenhäusern** und fördern generationenübergreifende Wohnprojekte. Ein Beispiel hierfür ist „**Hand gegen Koje an Land**“ des Studentenwerks, bei dem unter anderem ältere Menschen ein Zimmer Studierenden zur Verfügung stellen und im Gegenzug Hilfe in Haus und Garten oder bei Besorgungen
1040 bekommen.
1045

Die Kieler SPD sieht in der demografischen Entwicklung nicht nur Herausforderungen sondern auch Chancen, um die Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln: Wir wollen das Potenzial von aktiven, tatkräftigen aber auch erfahrenen Menschen nutzen und das ehrenamtliche Engagement nach der Erwerbstätigkeit fördern. Analog zum freiwilligen sozialen Jahr nach der Schulzeit wollen wir Konzepte für ein **Freiwilliges Soziales Jahrzehnt** von Bürgerinnen und Bürgern im Ruhestand entwickeln.
1050

Wir setzen uns für ein **selbstbestimmtes Älterwerden** in der gewohnten Umgebung ein und folgen dem Grundsatz „ambulante Betreuung vor stationärer“. Wir wollen den Bau seniorengerechter bzw. den Umbau bereits bestehender Wohnungen in allen
1055 Stadtteilen fördern – bezahlbar auch für alte Menschen mit geringem Einkommen. Flankiert werden muss dies von einem Ausbau der entsprechenden sozialen Infrastruktur und einem Nahversorgungsangebot.

Zusätzlich soll ein Angebot von **alternativen Wohnformen**, wie Wohn- und Hausgemeinschaften, geschaffen werden. Damit wird die gegenseitige Hilfe der Älteren gefordert und der Vereinsamung begegnet.
1060

Mit dem erfreulichen Anstieg des Lebensalters steigt auch das Risiko von Menschen, an Alzheimer oder einer anderen Form der Demenz zu erkranken. Bis 2050 wird sich Schätzungen zufolge die Zahl der Demenzerkrankten verdoppeln. Wir wollen verhindern, dass Menschen mit Demenz oder ihre Familien in die Isolation geraten oder sich aus falscher Scham aus der Gesellschaft zurückziehen und wollen Kiel zu einer **demenzfreundlichen Stadt** entwickeln. Dazu wollen wir zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit beitragen und die Begegnung von Menschen mit und ohne Demenz fördern. Mit den Betroffenen wollen wir gemeinsam Handlungsfelder und Ziele definieren.
1065

Wir setzen uns für eine menschenwürdige **Pflege** ein. Wir fordern eine strenge Überprüfung auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beim Pflegeschlüssel und den
1070

Pflegestandards durch eine qualifizierte Heimaufsicht und anderer Kontrollorgane. Wir wollen pflegebedürftigen Menschen Raum geben, sich zu treffen, zu kommunizieren und ihre Fähigkeiten einzusetzen. Uns liegt daran, gerade Hochbetagten, die zu vereinsamen drohen, den Weg in die Gemeinschaft zu erleichtern.

Viele pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen kompetente Ansprechpartner sowie die **Pflegeberatungsstelle** als Anlaufstelle für Beratung und Beschwerden. Durch gute Beratung und ambulante Hilfen können ältere Menschen so lange wie sie möchten zu Hause wohnen bleiben.

1080 **Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung**

Bei allen Planungen werden wir den Aspekt der **Barrierefreiheit** berücksichtigen und Menschen mit Behinderung durch eine aktive Teilhabeplanung frühzeitig und umfassend integrieren. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wollen wir in einem ständigen Austausch die unterschiedlichen Barrieren für die verschiedenen Gruppen herausarbeiten.

Wir wollen das von Verbänden, Einrichtungen, Selbsthilfeorganisationen, Politik und Stadtverwaltung erarbeitete **Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung** zügig umsetzen und in einem stetigen Prozess gemeinsam überarbeiten. Wir wollen, dass für jeden Stadtteil ein inklusiver Stadtatlas erstellt wird. Mit dem Atlas soll festgestellt werden, wie gut Menschen mit und ohne Behinderung wohnen, arbeiten, einkaufen und ihre Freizeit verbringen können.

Wir setzen uns für den Ausbau **barrierefreien, bezahlbaren Wohnraums** ein und die **barrierefreie Mobilität** fördern, sodass alle Menschen in unserer Stadt ohne Probleme am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Kieler SPD will in einem Kieler Quartier oder bei der Planung eines neuen Quartiers erproben, wie es unter dem besonderen Label der Inklusion und Barrierefreiheit errichtet werden kann.

In den Bildungseinrichtungen unterstützen wir die **Inklusive Bildung** von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen und wollen mit spezifischen Angeboten ihre Bildungschancen verbessern.

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Eigenständigkeit. Die dafür nötige Unterstützung müssen geleistet werden, Barrieren müssen abgebaut werden. Wir wollen die Chancengleichheit zur Arbeitsaufnahme herstellen.

Die Teilhabe der Menschen mit Behinderung an **Kultur und Freizeitgestaltung** ist der Kieler SPD wichtig. Daher soll das neue Sport- und Freizeitbad so gebaut werden, dass Menschen mit Behinderung es barrierefrei nutzen können. Auch wollen wir die Barrierefreiheit des Sport- und Kulturangebots ausbauen und beispielsweise ein inklusives Sportfest anregen.

Wir wollen die **Mobilität** durch Straßengestaltung, barrierefreien Nahverkehr und einen speziellen Fahrdienst für alle betroffenen schwerbehinderten Menschen sicherstellen. Öffentliche Bauten sollen grundsätzlich barrierefrei sein, bestehende Hemm-

nisse sollen abgebaut werden. Wir wollen die Eigenständigkeit der Menschen mit Behinderung durch ausreichende ambulante Assistenzen stärken. Auch Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen haben Anspruch auf **größtmögliche Selbständigkeit**.
1115 **Selbsthilfeorganisationen** von Menschen mit Behinderung sind für uns wichtige Partner für die Umsetzung der Forderungen.

Gesundheitsversorgung

Die Kieler SPD fördert den Ausbau des **Gesundheitsstandorts Kiel**. Das Potential der Gesundheitswirtschaft wollen wir in unserer Stadt erschließen, um einerseits Un-
1120 **ternehmen und Arbeitsplätze** anzusiedeln und andererseits die gute Gesundheitsversorgung in Kiel auszubauen.

In den letzten Jahren haben wir trotz knapper Kassen die Förderung von Gesundheitsinitiativen und -projekten fortgesetzt. Prävention ist wesentlicher Bestandteil unserer Gesundheitspolitik. Deshalb setzen wir uns im Rahmen kommunaler Möglichkeiten für eine **zielgerichtete Präventionsarbeit** in unserer Stadt ein. Die betriebliche Gesundheitsförderung in der Stadtverwaltung und in städtischen Betrieben wollen wir weiterentwickeln.
1125

In den Kindertageseinrichtungen und Schulen wollen wir die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen sowie die Beratung der Eltern fördern. Wir wollen die **niedrigschwellige und vernetzte Gesundheitsförderung** in Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf besonders ausbauen und die sportlichen Aktivitäten fördern. Die Stadtteilorientierte Gesundheitskonferenz in Gaarden war dafür ein gutes Beispiel.
1130

Wir fördern die **Erährungsberatung** und sehen einen Schwerpunkt bei der Elternberatung und der Gesundheitserziehung in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Entsprechende Initiativen von Eltern oder Schülerinnen und Schülern, wie zum Beispiel Kochkurse oder die Einführung eines Veggie-Days in der Schulmensa, werden wir unterstützen.
1135

Das **städtische Krankenhaus** wollen wir in kommunaler Trägerschaft weiterentwickeln. Durch bauliche Maßnahmen und das Ausbildungszentrum haben wir das städtische Krankenhaus gestärkt.
1140

Drittens: Handeln

Wir wollen unsere Stadt **aktiv gestalten** und nicht abwarten, bis andere oder die allgemeinen Verhältnisse unser Leben und unseren Alltag bestimmen. Die Kieler SPD setzt auf das Engagement der Kielerinnen und Kieler, nicht nur am Wahltag. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den unzähligen aktiven Frauen und Männern in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, sozialen und karitativen Organisationen, den kulturellen Initiativen und in den Umweltschutzbünden, in den Freiwilligen Feuerwehren und in den ehrenamtlichen Rettungsdiensten, in den vielen Sportvereinen und in den Kleingartenvereinen und mit vielen, vielen anderen – mit ihnen machen wir unser Kiel zu der liebens- und lebenswerten Stadt, die sie ist. Wir „**handeln**“!

Städtebau und Stadtentwicklung

Kiel ist Landeshauptstadt und das Oberzentrum der Region. Unsere Stadt versorgt die Kieler Bevölkerung und die Region mit Gütern des täglichen und des spezifischen, höheren Bedarfs. Deshalb will die Kieler SPD die Funktion unserer Stadt **als Oberzentrum stärken**, das nicht nur seine Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch die gesamte Region versorgt. Dabei sollen die verschiedenen Stadtteile ihre typische Identität und Vielfalt behalten.

Die Kieler SPD will im Innenbereich der Stadt ungenutzte oder zu wenig genutzte Flächen für eine Bebauung bereitstellen, bevor Flächen im Außenbereich genutzt werden müssen (**Innen- vor Außenentwicklung** durch Flächenrecycling). Dabei sollen Gärten, Spielplätze und Parkplätze (Freiflächen) einerseits und für die Erholung bedeutsame Naturflächen zu einer mit der Förde als Mittelpunkt verbundenen Stadtlandschaft verbundenen werden, wobei wir mit den Gemeinden des Umlandes zusammenarbeiten wollen. In den Stadtteilen sollen Wohnen, Arbeiten, die Nahversorgung und Dienstleistungen sowie Grünanlagen und Infrastruktur verträglich gemischt sein. Wir wollen die „**Stadt der kurzen Wege**“, in denen Wohnen, Arbeiten und Leben in den Stadtteilen möglich ist.

Wir haben ein **Integriertes Stadtentwicklungskonzept** (INSEKK) als Perspektive des städtischen Handelns beschlossen, das auf der Grundlage der strategischen Ziele der Landeshauptstadt Kiel – soziale Stadt, kinderfreundliche Stadt, Klimaschutzstadt, kreative Stadt, innovative Stadt – nun soziale, wirtschaftliche, kulturelle Aspekte der Stadtentwicklung zusammenführt und bündelt. Auf Grundlage dieses Stadtentwicklungskonzepts erhält Kiel wieder Städtebauförderungsmittel. Sie sind die Voraussetzung für eine gelingende Stadtentwicklung, die mit der Entwicklung der einzelnen Stadtteile weitergeht. Die Kieler SPD hat bereits für Holtenau und Friedrichsort **Stadtteilentwicklungskonzepte** auf den Weg gebracht, die gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erarbeitet werden.

Nachdem andere politische Mehrheiten allen alles versprochen hatten und deshalb kein Investor eine Ansiedlung wagte, hat die Kieler SPD eine klare ordnungspoliti-

sche Vorgabe für die **Innenstadtentwicklung** getroffen: Kein neues Einkaufszentrum am Kieler Schloss, ein Aussetzen der Pläne in der mittleren Holstenstraße, und die Konzentration auf das frühere Karstadt/LEIK-Gelände am Alten Markt. Erst als Folge dieser Politik wächst heute aus dem Grund der Altstadt das **Geschäftshaus „Nordlicht“** empor, wird es am Alten Markt wieder den für den Handel der nördlichen Innenstadt dringend benötigten Lebensmittelmarkt geben. Wir setzen auf neue Impulse für die Weiterentwicklung des leer stehenden benachbarten LEIK-Gebäudes, genauso wie das Einkaufszentrum „Sophienhof“ in der südlichen Innenstadt mit einem zweistelligen Millionenbetrag modernisiert wird. Unser leitendes Prinzip "Ordnung statt Wildwuchs" ist erfolgreicher als das Laissez-faire vergangener Jahre. Die zusätzlichen Parkplätze im neuen Geschäftshaus-Parkhaus „Nordlicht“ und im neugebauten Parkhaus in der Flämischen Straße/Eggerstedtstraße machen den Alten Markt gut erreichbar.

Die Kieler SPD will die Innenstadtrahmenplanung auf dem **Sanierungsgebiet Altstadtinsel** umsetzen. Hier soll ein lebendiges Quartier mit Wohnungen, Geschäften, Gastronomie und kulturellem Angebot mit öffentlicher Unterstützung entstehen. Die dafür erforderlichen Untersuchungen sind bereits eingeleitet worden: Wir wollen **in der Altstadt mehr Wohnen ermöglichen** und die Altstadt – wie es die Dänische Straße heute schon ist – zur „guten Stube“ der Innenstadt machen. Die Eggerstedtstraße zwischen Schloss und St. Nikolai-Kirche soll als Baugrund für Wohnbebauung ausgewiesen werden, der restliche Teil östlich der Kirche zwischen Flämischer Straße und Schuhmacherstraße ein öffentlicher Platz werden, und die Eggerstedtstraße die Zufahrt zum Geschäftshaus „Nordlicht“ und seinem Parkhaus herstellen. Die Schlosstraße soll wieder ihren ursprünglichen Zweck – den Ausgang zum Kieler Schloss – erfüllen, mit der neuen Wohnbebauung wird sie attraktiver. Der öffentliche Personennahverkehr und der Kraftfahrzeugverkehr sollen umgelenkt werden.

Das Karree zwischen Bootshafen im Norden, Kaistraße im Osten, Hafenstraße im Süden und Andreas-Gayk-Straße im Westen (**ehemals C&A und „Markthalle“**) bietet sich an für eine Entwicklung für Einzelhandel und Hotellerie.

Wir wollen die **mittlere Holstenstraße** wieder mehr beleben und dazu das **Mühlenbach-Areal** mit dem heutigen Gebäude der „Kieler Nachrichten“ vor allem im Bereich Wohnen **weiterentwickeln**.

Wir wollen grundsätzlich **mehr Wohnen in der Innenstadt ermöglichen**, denn das bringt Leben in die Stadt – vor und nach Ladenschluss. Wir wollen **ein Viertel Wohnanteil bei neuen Projekten**, zusätzliche Wohnungen auf dem Grundstück der Alten Feuerwache und den Bau von Wohnungen zwischen Schlosstraße und auf einem großen Teil der heutigen Eggerstedtstraße sowie auf dem ehemaligen Gelände der Muthesius-Kunsthochschule am Lorentzendamm.

Die städtischen Plätze – insbesondere der **Holstenplatz**, aber auch der Rathausplatz, der Asmus-Bremer-Platz und Europaplatz – sollen schöner werden und mehr als bisher zum Verweilen einladen. Wir streben eine Öffnung des Holstenplatzes zum

Kulturforum im Neuen Rathaus an, z.B. durch einen gemeinsam genutzten Verkehrsraum in der Andreas-Gayk-Straße („Shared Space“).

1225 Wir wollen **mehr Wasser – und Meerwasser**. Wir wollen die historische **Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel** wiederherstellen, den gut gelungenen Bootshafen in Richtung der ohnehin grundsaniierungsbedürftigen Holstenbrücke ausbauen und dafür Fördermittel des Landes nutzen. Dadurch verbessern wir die Lage für Gastronomie und Vermieter und setzen auf eine Aufwertung der Geschäfte in der Innenstadt und die Beseitigung vorhandener Leerstände. Das wird die
1230 Altstadt aufwerten, auf diese Weise höherwertige Geschäfte und Betriebe mit den entsprechenden Arbeitsplätzen und Löhnen bzw. Einkommen in die Innenstadt ziehen und so Kiel sowohl für die hier wohnenden Menschen als für Auswärtige attraktiver machen. Wir wollen einen **Kieler Stadtstrand** an der Stelle zwischen Bellevue und der Seebadeanstalt errichten, wo das Hindenburgufer früher auch „Strandweg“
1235 hieß, an dem die Kielerinnen und Kieler und ihre Gäste ohne lange Anfahrtswege Erholung und Freizeit am Wasser genießen können. Wir wollen einen **Traditionshafen an der Hörn**: Die Traditionssegler am Germaniahafen sollen an die Hörn verlegt werden, um so mehr Platz zu gewinnen und das Stadtbild noch mehr zu verschönern.

1240 Die Entwicklung des **Hörngebietes** mit einer lebendigen Vielfalt von Nutzungen im Dienstleistungs- und Wohnbereich muss vorangetrieben werden. Dringendstes Projekt dabei ist der Brückenschluss zwischen Germaniahafen und Gaarden. Die Fußgängerbrücke muss Gaarden endlich anbinden, statt gleichsam im Nichts zu enden.

1245 Wir wollen unsere Stadt **durch kleinere Maßnahmen** so lebens- und liebenswert erhalten, wie sie ist, und dabei den **maritimen Charakter unserer Stadt hervorheben**. Um die Kieler Gastronomie zu unterstützen, wollen wir auch in Zukunft keine Sondernutzungsgebühren für **Straßencafés** erheben. Tische und Stühle dürfen auf den Gehwegen jedoch keine Barrieren für Kinderwagen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sein. Wir wollen unsere Stadt am Wasser für Familien und Gäste besonders attraktiv gestalten: Zum Beispiel durch **Tretbootfahrten** auf den
1250 Gewässern der Innenstadt. Eine Stadt am Wasser muss ihren Einwohnerinnen und Einwohnern und ihren Gästen **mehr „maritime Gastronomie“** ermöglichen. Wir wollen die Voraussetzungen für ein Fischrestaurant an der Schwentinemündung – auch vom Westufer gut über die Fördeschiffahrt zu erreichen – schaffen, und wir wollen die „Kieler Sprotten-Bude“: ein wiedererkennbare Design für Fischbrötchen-Verkaufsstände in der Innenstadt und entlang der Kieler Förde. Zwischen dem Werksgelände der „Howaldtswerke Deutsche Werft AG“ (HDW) und der Gemeinde Mönkeberg wollen wir entlang des Fördewanderweges einen **„Industriepfad“** mit einem besonderen Edutainment-Angebot schaffen.

1260 Wir wollen gute Ideen, die von Bürgerinnen und Bürgern aus Kiel und den Umlandgemeinden für den **Förde-Rahmenplan** entwickelt worden sind, verwirklichen. Dazu gehört z.B. der Stadtstrand am Hindenburgufer, das bereits begonnene Wegeleitsystem mit den Informations-Stelen über die maritime Geschichte Kiels und der Boots-

steg für die Rettungsboote der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) in Hasselfelde auf dem Ostufer.

- 1265 Für **frei werdende Liegenschaften der Bundeswehr**, die im Eigentum der Immobilienverwaltung des Bundes stehen, müssen Nutzungen gefunden werden, die Kiel als Wirtschaftsstandort voranbringen und Arbeitsplätze schaffen. Wir richten unseren Fokus dabei auf den **Stadtteil Holtenau** und setzen beim Holtenauer Unterland auf dem Gelände des derzeitigen **Marinefliegergeschwaders 5** den **Schwerpunkt** auf
- 1270 eine **gewerblich-industrielle Nutzung am Wasser**, z.B. im Offshore-Bereich. Auch Wohnen soll an dieser Stelle ermöglicht werden, aber nur, soweit es die wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, weder im Unterland noch in dem von uns angestrebten spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn (Airpark) im Holtenauer Oberland. Unabdingbar ist für die Kieler SPD eine Wegeverbindung über das Gelände zwischen
- 1275 den Stadtteilen Holtenau und Friedrichsort.

Industrie, Gewerbe und Wirtschaft

- Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik in Kiel ist die Schaffung bester Voraussetzungen für unternehmerisches Handeln, denn damit werden Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Seit dem Jahr 2008 steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unserer Stadt, gibt es mehr Betriebe in unserer Stadt mit mehr Beschäftigten als vor der Kommunalwahl. Unsere kommunale Wirtschaftspolitik dient der Zukunftssicherung. Für die politische Gestaltung braucht Kiel ausreichende und verlässliche Einnahmen. Deshalb gibt die Stadt wirtschaftspolitische Impulse. Wir wollen, dass sie sich in Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft auf strategische Felder konzentriert. Unsere **strategische Politik** setzt auf den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Kiel. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern und der Europäischen Union auszubauen. Die Kieler SPD steht für eine innovative Wirtschaftspolitik. Wir möchten, dass Kiel mit Spitzentechnologie, Forschung, Wissen und Qualität auf den Märkten präsent ist: in der Industrie, in der maritimen Wirtschaft, im Tourismus, in der Gesundheits- sowie in der Kreativwirtschaft.
- 1280
- 1285
- 1290

- Werften und deren Zulieferer, Marine und Hafen sind wichtige Wirtschaftszweige in unserer Stadt. Kiel ist eine Stadt, in der die industrielle Produktion ein Garant für Arbeitsplätze und für Innovation ist. Den Anspruch, eine **Industriestadt** zu sein, geben wir nicht auf. Mehr Industrie bedeutet mehr Wertschöpfung. Der Wegfall von Industriearbeitsplätzen kann nicht zeitnah und umfassend durch Dienstleistungen ersetzt werden. Mehr noch: An vielen Industriearbeitsplätzen hängen auch Dienstleistungsarbeitsplätze, die es zu sichern gilt. Unser Ziel ist es deshalb, durch eine intelligente Industriepolitik, Menschen in Arbeit zu halten und zu bringen, gute Arbeit zu guten Löhnen zu schaffen. Wir unterstützen die **Ansiedlung neuer Unternehmen und Betriebe**. Das sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt die Kaufkraft unserer Stadt. Gerade die Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben des verarbeitenden Gewerbes stärkt die Kaufkraft unserer Stadt. Außerdem sichert und schafft sie weitere Arbeitsplätze bei Zuliefererbetrieben in Kiel und in der Region. Wir wollen die Zahlen der Unternehmensansiedlungen und der neu geschaffenen Arbeitsplätze erhöhen.
- 1295
- 1300

- 1305 Neben der kontinuierlichen Modernisierung ist die Entwicklung neuer Technologien für den Standort Kiel zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unabdingbar. Einfache Arbeitsplätze gehen verloren, neue und wissensintensive Arbeitsplätze entstehen. Aktive Industriepolitik für Kiel bedeutet auch die **Förderung von Zukunftsarbeitsplätzen** und die Unterstützung bei der Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen, damit dem sich noch verschärfenden Fachkräftemangel begegnet werden kann. Darum wollen wir besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der maritimen Branchen stärken und sie bei der Entwicklung von Innovationen und der Markterschließung für neue Produkte unterstützen, vorrangig orientiert an innovativen, nachhaltigen und ökologischen Kriterien (z.B. Eisenbahnbau, Windenergie u.a.). Zu diesem Zweck wollen wir eine vertiefende Zusammenarbeit mit den Institutionen der Technologieregion „Ostufer“ (Fachhochschule Kiel, Technische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Regionales Berufsbildungszentrum Technik in Kiel-Gaarden, interessierte Schulen und sonstige Organisationen) vermitteln.
- 1310
- 1315
- 1320 Die Kieler **Werften** werden im internationalen Wettbewerb nur durch beste Qualität und durch garantierte reibungslose Abläufe bestehen können – nicht durch niedrigste Preise. Den Aufbau einer Genossenschaft insbesondere zwischen den maritimen Betrieben Gebr. Friedrich Werft, der Yacht- und Bootswerft Rathje und der Lindenau Werft unterstützen wir ausdrücklich. Darüber hinaus gilt es, die zahlreichen kleinen und hochinnovativen maritimen Betriebe (etwa im Yachtbau oder in der Aquakultur) zu fördern.
- 1325
- Darüber hinaus ist unsere Stadt der **größte Dienstleistungsstandort Schleswig-Holsteins**, Standort von insgesamt drei Hochschulen (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Fachhochschule Kiel, Muthesius-Kunsthochschule) und Sitz der Landesregierung. Der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor steigt. Viele moderne und technologieorientierte Dienstleistungsbetriebe – z.B. Kommunikations-, Informations-, Bio-, Meeres- und Umwelttechnologie, Gesundheitswesen, Forschung und Entwicklung – benötigen nicht unbedingt Produktionsflächen, sondern zeitgemäße und bedarfsgerechte Büroflächen. Die hauptsächlichen Bürolagen sind in der Innenstadt: In der Altstadt, in der südlichen City, rund um den Kleinen Kiel, entlang der Kieler Förde, zwischen Dreiecksplatz, Exerzierplatz und Lessingplatz, an der Christian-Albrechts-Universität und am Westring sowie am Schwedendamm.
- 1330
- 1335
- Wir wollen die **zentralen Instrumente der Wirtschafts- und Technologieförderung** in unserer Stadt – die Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (KiWi), die Kieler Innovations- und Technologiezentrum GmbH (KITZ), die Wissenschaftszentrum Kiel GmbH und die Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt (ZTS) Grundstücksverwaltung GmbH – noch **wirksamer einsetzen**. Dabei ist die Entwicklung der Gewerbeflächen in Kiel eines der wichtigsten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn benötigte Gewerbeflächen in unserer Stadt rascher verfügbar sind als anderswo, ist dies ein entscheidender Standortfaktor. Die Entwicklung von Büro- und Gewerbeflächen in Kiel ist eines der wichtigsten wirtschafts- und arbeits-
- 1340
- 1345

marktpolitischen Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine schnelle Verfügbarkeit solcher Flächen ist ein entscheidender Standortfaktor. Darum
1350 will die Kieler SPD ein **Gewerbeflächenkataster**, denn welche Flächen für die Ansiedlung welcher Industrie-, Gewerbe- oder Dienstleistungsbetriebe zur Verfügung stehen, muss auf einen Blick erkennbar sein. Für die Betriebe, aber auch für die Politik und für die Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Stadt hat Potential für Gewerbeflächen, z.B. im Kieler Süden, in der Wik oder
1355 in unmittelbarer Nähe der Hochschulen. Weil das Flächenangebot in Kiel die Nachfrage nach weiteren Gewerbeflächen auch nach Mobilisierung aller Restflächen auf mittlere Sicht nicht wird befriedigen können, wollen wir neue Flächen für Gewerbeansiedlung, Existenzgründungen und Betriebserweiterungen ausweisen. Dabei wollen wir zuerst Baulücken schließen und brachliegende Flächen im innerstädtischen Bereich mit meist attraktiverer Verkehrsanbindung entwickeln.
1360

Wir wollen den Kieler **Flughafen Holtenau** zu einem **spezialisierten Gewerbegebiet mit Landebahn** (Airpark) entwickeln. So schaffen wir zusätzliche Gewerbeflächen und ermöglichen qualifizierte Arbeit für unsere Stadt. Zu diesem Zweck hat die Stadt die bisherigen Anteile des Landes am Kieler Flughafen übernommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Flughafengesellschaft als Tochtergesellschaft in die leistungsstarke Seehafen Kiel GmbH & Co. KG integriert wurde, damit die Entwicklung zu einem Gewerbepark mit Landebahn gelingen kann. Auf diese Weise sinkt auch der jährliche Zuschussbedarf der Stadt für den Flugplatzbetrieb.
1365

Im Stadtteil **Wik** wollen wir ein **gemischtgenutztes Marinequartier mit Gewerbeflächen** (maritimes Cluster) in Fördelage am Scheerhafen errichten. Die bereits begonnene **Aufwertung der Schwentinemündung** wollen wir fortsetzen.
1370

Wir wollen Kleinbetriebe und Existenzgründer weiterhin **unterstützen**. Unsere Stadt und die Wirtschafts- und Strukturförderungsgesellschaft vergeben schon heute **Mikrokredite** aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus dem Bundeshaushalt.
1375

Wir wollen die Vergabe von Mikrokrediten nicht nur im Stadtteil Gaarden, sondern **in allen Soziale-Stadt-Gebieten** umsetzen. Anschließend streben wir eine Erweiterung dieser besonderen Kreditvergabe im gesamten Stadtgebiet an.

Die Kieler SPD bevorzugt den Zusammenschluss mit den Umlandkommunen in einer **regionalen Entwicklungsgesellschaft**, um gemeinsam strategische Ziele und zukunftsorientierte Strukturen für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Soziales und Ökologie zu entwickeln. Im Bereich der Wirtschaftsförderung haben der Kreis Rendsburg-Eckernförde, der Kreis Plön und die Landeshauptstadt Kiel deshalb bereits eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft – die „Kiel Region GmbH“ – gegründet. So können beide, unsere Stadt und die Kommunen des Umlandes, im Wettbewerb der Regionen besser bestehen. Wir wollen insbesondere die Gewerbeansiedlung untereinander abstimmen, um die Vorteile eines **starken gemeinsamen Auftritts als „Gewerberegion“** gegenüber anderen Standorten zu nutzen.
1380
1385

1390 Darüber hinaus beteiligt sich unsere Stadt über die „Kiel Region GmbH“ am Aufbau
einer **europäischen Wachstumsregion** „nördliches Schleswig-Holstein/Region Syd-
danmark“, in der gemeinsam Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und
Energieeffizienz, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, Logistik
1395 und Wissens- und Technologietransfer entwickelt werden (Projekt „Wachstumszen-
trum“). Dieses Projekt wird mit Fördermittel (INTERREG-IVa) der Europäischen Uni-
on gefördert. Wir wollen die kommunale Zusammenarbeit mit den Kreisen Rendsbur-
g-Eckernförde und Plön verstärken und andere interessierte Kreise, Städte und Ge-
meinden einbeziehen. Darüber hinaus wollen wir die künftigen europäischen Förder-
möglichkeiten (INTERREG -Va) für einzelne Projekte der grenzüberschreitenden Zu-
sammenarbeit nutzen und den Standort „Kiel Region“ als Wachstumszentrum im
1400 Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten positionieren. Dazu wollen wir ge-
meinsam mit den Kommunen des Umlandes und der Region im Rahmen von Koope-
rationsprojekten zusammenarbeiten. Wir streben auch Kooperationsprojekte mit der
Metropolregion Hamburg an.

1405 Der Einsatz von **EU-Fördermitteln** ist für die Stadtentwicklung unverzichtbar. Euro-
päisches Recht setzt den Rahmen für zentrale Bereiche wie Auftragsvergaben, Flä-
chenausweisungen oder das wirtschaftliche Engagement der städtischen Betriebe.
Zentrale Kieler Entwicklungspotenziale wie z.B. die Hafenpolitik werden auf europäi-
scher Ebene geregelt. Kommunalpolitik ist daher auch Europapolitik. Kiel muss seine
Interessen klar formulieren und aktiv in Brüssel vertreten.

1410 Die bestehenden und neuen Städtepartnerschaften sind in eine strategisch ausge-
richtete **europäische Kommunalpolitik** einzubeziehen. Dazu sollen in Schwer-
punktbereichen mit interessierten Partnern gemeinsam Projekte entwickelt und um-
gesetzt werden, die für unsere Stadt und unsere Partner einen Mehrwert bringen.

1415 Die Ratsversammlung soll dazu eine ständige Aufgabe „**Europa und Vielfalt**“ einem
Fach- oder dem Hauptausschuss zuweisen, damit die Europafähigkeit und Vielfalt
ständig auf der Tagesordnung steht. Die Mitarbeit des Migrantenforums und der Mi-
grantenorganisationen für eine weltoffene und europäisch ausgerichtete Stadt Kiel
soll in geeigneter Form in die regelmäßige Ausschussarbeit einbezogen werden.

1420 Das **Stadtmarketing** für Kiel soll sich nicht allein auf eine Werbung für die Segel-
und Kieler-Woche-Stadt beschränken. Kiel ist als Hochschulstandort eine Innovati-
onsstadt mit Geschichte und auch touristischer Ausgangspunkt. Deshalb wollen wir
die „**Marke Kiel**“ in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern in und außerhalb Kiels
weiterentwickeln. Den dafür erforderlichen Markenbildungsprozess haben wir bereits
begonnen.

1425 **Einzelhandel und Nahversorgung in den Stadtteilen**

Das Gesicht des Einzelhandels verändert sich – die Zahl der großen Lebensmittel-
märkte am Stadtrand nimmt zu und die der kleineren Geschäfte in den Stadtteilen
immer mehr ab. Gleichzeitig kaufen mehr und mehr Menschen Waren über das Inter-
net ein. Auch im Umland und in der Region verändert sich der Einzelhandel: Die be-

1430 nachbarte Stadt Schwentinental will die Verkaufsflächen im ohnehin überdimensionierten „Ostseepark Raisdorf“ vergrößern, und in Neumünster planen verschiedene Investoren zusätzliche Shopping-Center und in Autobahnnähe ein Factory-Outlet-Center.

1435 Für die Kieler SPD hat eine **gute Versorgung der Menschen in unserer Stadt** zentrale Bedeutung. Wo es heute funktionierende Geschäfte in den Stadtteilen und in der Innenstadt gibt, dürfen diese Strukturen nicht durch ungesteuerte Ansiedlung weiterer Supermärkte oder Discounter zerstört werden, wenn anschließend gar keine Nahversorgung mehr im Stadtteil möglich wäre. Darum haben wir in einem „**Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept**“ festgelegt, nach welchen objektiven Kriterien
1440 an welchen Standorten überhaupt noch zusätzliche Einzelhandelsbetriebe angesiedelt werden sollen, und für welche Stadtteile mit noch unzureichender Nahversorgung (z.B. Elmschenhagen und Kroog, Wellsee, aber auch Hasseldieksdamm, Meimersdorf, Moorsee und Rönne) aktiv um die Ansiedlung neuer Einzelhandelsbetriebe geworben werden soll. Wir wollen den sich ansiedelnden Einzelhändlern verbindliche
1445 Vorgaben geben, welche Sortimentsarten und –rahmengrößen in welchen Betrieben verkauft werden („Kieler Sortimentsliste“), damit es nicht zu einer zerstörerischen Konkurrenz zwischen den Verkäufern derselben Sortimente im Stadtgebiet kommt.

Kiel ist Oberzentrum: Mehr Menschen kommen von außerhalb in unsere Stadt, um hier einzukaufen, als dass Kielerinnen und Kieler anderswo einkaufen. Das sichert
1450 Arbeitsplätze im Einzelhandel – fast drei Viertel der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen. Wir sind entschieden **gegen eine Erweiterung der Verkaufsflächen im „Ostseepark Raisdorf“** in der benachbarten Kleinstadt Schwentinental, die nur weitere Kaufkraft aus Kiel abschöpfen und zur Schwächung des Einzelhandels im Oberzentrum Kiel führen würde.

1455 Die **Innenstadt** mit ihrer unmittelbaren Nähe zur Förde, dem Alten Markt im Norden und dem Einkaufszentrum „Sophienhof“ mit dem Kaufhaus „Karstadt“ im Süden, soll **wichtigster Einzelhandelsstandort** in unserer Stadt bleiben. Wir streben an, dass sich der Umsatz des innenstädtischen Einzelhandels an dem der gesamten Stadt von jetzt 25% auf 33% erhöht. Wir unterstützen die Entwicklung des attraktiven Einzelhandelns entlang der **Holtenuauer Straße**.
1460

Mit dem IKEA-Markt am westlichen Stadtrand, dem dortigen PLAZA-Markt und dem CITTI-Park hat unsere Stadt einen weiteren Einzelhandelsschwerpunkt, an dem fast 20% des Umsatzes erzielt werden. Dies geht allerdings auch zu Lasten der Innenstadt. Wir wollen deshalb, dass **neue Ansiedlungen** mit Sortimenten, die typischerweise und hauptsächlich in der Innenstadt verkauft werden (zentrenrelevante Sortimente), sich nicht mehr in Stadtrandlagen zugelassen werden sollen.
1465

In den **Stadtteilen** wollen wir die Versorgung der Menschen mit den Artikeln des täglichen Bedarfs auch in Zukunft durch die Nahversorgungs- und die Stadtteilzentren sichern, ergänzt durch autogerechte, großflächige Einzelhandelsmärkte zwischen
1470 den Stadtteilen. Die bestehenden Geschäfte in den Stadtteilen haben oft seit Jahren Schwierigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten, und können sich wegen der be-

sonderen räumlichen Verhältnisse vor Ort meist nicht verändern. Zur Unterstützung dieser Geschäfte wollen wir die Konkurrenz außerhalb der jeweiligen Stadtteile möglichst begrenzen. Für Seniorinnen und Senioren und für Menschen mit Behinderungen wollen wir **zusätzliche Serviceangebote**, z.B. barrierefreie Geschäfte und Bringdienste, unterstützen. Bei der angestrebten Ansiedlung neuer Einzelhandelsunternehmen und der Stabilisierung vorhandener Nahversorgungszentren soll die **zusätzliche Beschäftigung von älteren Arbeitsuchenden und von Menschen mit Behinderungen** angestrebt werden. Dazu sollen Integrationsunternehmen nach dem Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) aus dem Einzelhandel angeworben werden, die auch Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen beschäftigen, und die Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Einzelhandelsbetrieben dadurch erzielen können, dass sie einen Nachteilsausgleich aus der Ausgleichsgabe nach dem Schwerbehindertenrecht für den höheren Aufwand der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen erhalten; diese Ausgleichsabgabe ist seit vielen Jahren von allen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen gezahlt, die nicht die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von anerkannt Schwerbehinderten beschäftigen.

Im Bereich der **Fachmärkte** sind in der Vergangenheit im Bereich Elektronik (MediaMarkt), Baumarkt (Hornbach) und Möbel (IKEA) gute Ansiedlungen gelungen, die verhindern, dass Kaufkraft aus Kiel in das Umland abwandert. Die Kieler SPD **unterstützt** deshalb die **Ansiedlung des neuen Möbelhauses der „Möbel Kraft AG“ am Westring** nördlich der Autobahnzufahrt A 215. Nach wie vor besteht eine größere Nachfrage nach der Ware „Möbel“ in Kiel, als dass es – trotz des Möbelhauses IKEA und vieler anderer kleinerer Möbelhäuser – ein ausreichendes Angebot in unserer Stadt gäbe. Mit der Ansiedlung können mehrere hundert, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und Gewerbesteuererinnahmen zugunsten der Stadtkasse erzielt werden. Wir wollen, dass bei der Schaffung der künftigen Arbeitsplätze besonders auf Arbeitssuchende in unsere Stadt geachtet und so früh wie möglich Spielräume für Qualifizierungen genutzt werden. Deshalb haben wir Qualifizierungs- und Förderungsaufträge an die Stadtverwaltung und die Arbeitsagentur gegeben, denn in einem großen Möbelhaus arbeiten nicht nur Möbelfachverkäufer, sondern auch Buchhalterinnen, Lageristen, Kassiererinnen oder andere Berufe des Einzelhandels, für deren Ausübung Kieler Arbeitslose zur Verringerung der Arbeitslosigkeit fortgebildet werden können. Die detaillierte Untersuchung der Stadtverwaltung über mögliche Standortalternativen macht deutlich, dass bei allen anderen denkbaren Standorten im Stadtgebiet die Nachteile deutlich überwiegen. Deshalb unterstützen wir ein geordnetes Verfahren zur Ansiedlung von Möbel Kraft. Wir werden zugleich sicherstellen, dass ökologisch mindestens gleichwertige Ausgleichsflächen im gleichen Umfang als Grünflächen neu entstehen. Und wir haben sichergestellt, dass allen Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, die durch die Ansiedlung von Möbel Kraft ihren Garten verlieren, eine neue Fläche bereitgestellt werden kann, oder sie angemessen entschädigt werden. Über den Fortgang des Ansiedlungsvorhabens sollen die Bürgerinnen und Bürger und die Organe der kommunalen Selbstverwaltung regelmäßig unterrichtet werden. Wir haben außerdem einen Sonderbeirat eingerichtet, in dem

1515 die betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die Fachämter und Ratsfraktionen sowie die betroffenen Ortsbeiräte das weitere Verfahren eng begleiten, etwa bei der Konzeption von neuen Kleingärten.

Hafen und Tourismus

1520 Der Kieler **Seehafen** ist das Tor zur Ostsee, mit verschiedenen Fähr- und Frachtlinien. Sein Wachstum wird besonders getragen von den Fährlinien nach Skandinavien, Russland und ins Baltikum, die mehr als drei Viertel des Gesamtumschlages im Hafen ausmachen. Bereits im Herbst 2010 ist der **neue Schwedenkai** mit dem neuen STENA-Terminal fertiggestellt worden – pünktlich zum Einsatzbeginn der neuen Super-Fähre „Stena Germanica“ –, in das die städtische Seehafen Kiel GmbH & Co. KG
1525 rund 30 Mio. Euro investiert hat. Hier wurden etwa 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und mehr als doppelt soviel Güter umgeschlagen wie vor der Umgestaltung. Mit diesem erstklassigen Terminal bietet Kiel in der Innenstadt eine attraktive Infrastruktur als Fährhafen. Auch der Norwegenkai (Colorline) und der Ostuferhafen wurden ausgebaut.

1530 Wir wollen **Landstrom** für Schiffe, um die Umweltbelastungen, die durch die Abgase im Hafen liegender Fähren und Schiffe entstehen, zu verringern.

Eine wachsende Bedeutung hat der Kieler Hafen für die stetig steigende Zahl der **Kreuzfahrtschiffe** – zwischen 120 und 140 Anläufe sind es pro Jahr – erlangt, welche die Vorteile der Kreuzfahrtterminals inmitten der Stadt schätzen. Deshalb wollen
1535 wir einen **weiteren Ausbau der Hafengebiete für Kreuzfahrer**. Zu diesem Zweck haben wir die Herrichtung eines weiteren Liegeplatzes zur Abfertigung großer Kreuzfahrtschiffe im Ostuferhafen auf den Weg gebracht. Bis zur Saison 2013 soll der Ostuferhafen so ausgebaut werden, dass Kreuzfahrtschiffe mit einer Länge von 300 m und mehr dort an- und ablegen können.

1540 Kiel hat einen hohen Freizeit- und Erholungswert: Die Förde, der Nord-Ostsee-Kanal, die Eider und die Schwentine sowie die unsere Stadt umgebende Landschaft. Zugleich ist der **Tourismus** ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt und bietet vielen Menschen Arbeit und Einkommen: 12% der Arbeitsplätze in Kiel sind vom Erfolg des Tourismus abhängig.

1545 Wir wollen deshalb den **Städtetourismus stärken**, das Hotel- und Beherbergungsgewerbe – auch für Geschäftsreisende – und den Messe-, Kongress- und Erlebnisreisesektor (MICE – Messen, Incentives, Kongresse, Events). Darüber hinaus wollen wir Kiel nicht nur als Start- und Zielhafen von Kreuzfahrten, sondern **auch als Anlaufhafen für Tagesausflüge** attraktiv machen. **Bustourismus** spielt für Kiel schon
1550 immer eine Rolle, sowohl als Zielpunkt für auswärtige Touristinnen und Touristen als auch als Ausgangspunkt für Fahrten ins Umland. Die bislang sehr unbefriedigende Situation für die Abstellung der Reisebusse lösen wir durch den Bau eines Reisebus-ZOB an der Bahnhofsstraße zwischen Hauptbahnhof und Gablenzbrücke. Derzeit geben z.B. Kreuzfahrerinnen und Kreuzfahrer in ganz Schleswig-Holstein für Gastro-
1555 nomie, Shopping, Verkehrsmittel u.ä. einschließlich Hotelübernachtungen rund

6,6 Mio. Euro pro Jahr aus. Wer in Kiel übernachtet, besucht vielleicht das Plöner Schloss, Nordfriesland oder Laboe im Tagesausflug. Deshalb haben wir das Projekt „Cruise Kiel – touristisches Destinationsmanagement“ auf den Weg gebracht, um den Mix „Die Stadt Kiel und Ausflüge ins Land Schleswig-Holstein hinein“ gezielt für Touristinnen und Touristen anzubieten. Für die vielen Fähr- und Kreuzfahrttouristen ist eine **attraktive Kieler Innenstadt**, die sie bequem und ohne Hektik besuchen können, besonders wichtig. Deshalb unterstützen wir eine geordnete Innenstadtentwicklung mit dem Ziel der Attraktivierung unseres Stadtzentrums und setzen dabei sowohl auf private Impulse (z.B. Neubau des Geschäftshauses „Nordlicht“ am Alten Markt, Sanierung des Einkaufszentrums „Sophienhof“) als auch auf öffentliche Investitionen (z.B. die Schaffung einer Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel). So fügen wir Handel, Gastronomie, Museen und Galerien zu einer attraktiven Mischung zusammen, die Besucherinnen und Besucher von nah und fern anzieht und die für jung und alt gut zu Fuß zu erreichen ist. Wir wollen eine **deutlichere Beschilderung und elektronische Anzeigen in der Innenstadt**, wann welches Fähr- bzw. Kreuzfahrtschiff wieder ablegt. Diese elektronischen Anzeigen wollen wir zuerst in den Informations-Stelen des Wegeleitsystems einbauen.

Wir erhöhen die Attraktivität der **Strände**. Der Falckensteiner Strand hat bereits einen neuen, barrierefreien Anleger für die Fähren der Fördeschiffahrt erhalten. Der Anleger Reventloubrücke als Hauptanlegestelle der Fördeschiffahrt auf dem Westufer wird neu und barrierefrei gebaut. Wir wollen die **Errichtung eines zusätzlichen, neuen Stadtstrandes** am Hindenburgufer zwischen Bellevue und Seebadeanstalt Düsternbrook.

Für Familien mit kleinen Kindern, die in Kiel Urlaub machen, ist es besonders wichtig, auch einmal etwas bei (in Kiel auch im Sommer nicht selten vorkommendem) Regenwetter unternehmen zu können (Indoor-Angebote). Auch zu diesem Zweck werden wir an der Hörn ein **neues, großes Hallenbad** mit attraktivem Außenbadebereich, Spiellandschaft und Rutschen bauen.

Wir stärken den **Kulturtourismus**. Dazu arbeiten das Stadtmuseum „Warleberger Hof“, das Schifffahrtsmuseum und die Stadtgalerie im Neuen Rathaus mit der Christian-Albrechts-Universität und dem GEOMAR/Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel in der Initiative „Museen am Meer“ zusammen, um die Museumslandschaft Kiels sichtbarer zu machen. Das Schifffahrtsmuseum wird bereits umgebaut.

Für die zunehmende Zahl an Besucherinnen und Besuchern mit **Wohnmobilen** wollen wir auf dem Parkplatz des neuen Sport- und Freizeitbades an der Hörn spezielle Übernachtungsparkflächen ausweisen. Die „Wohnmobilisten“ sollen dort gegen Entgelt die Dusch- und Sanitäreinrichtungen des neuen Bades sowie dafür besonders anzulegende Ver- und Entsorgungseinrichtungen (Strom, Wasser, Abwasser) benutzen können. Die Herrichtung dieser besonderen Stellplätze soll im Wege einer partnerschaftlichen Finanzierung, z.B. mit einem Hersteller von Wohnmobilen, gesichert werden.

Straßen-, Rad- und Fußverkehr

Wir wollen die **Verkehrsinfrastruktur** für die Kielerinnen und Kieler **stetig verbessern**. Seit einigen Jahren ist deutlich zu sehen, dass immer mehr Menschen auf das
1600 Fahrrad umsteigen oder zu Fuß gehen. Gleichzeitig geht der Anteil der Benutzerinnen und Benutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zurück, ebenso werden nachweislich weniger Kraftfahrzeuge und Motorräder genutzt (motorisierter Individualverkehr).

Den gesunden und klimaneutralen **Fuß- und Radverkehr** wollen wir auch in Zukunft
1605 stärken. Dazu wollen wir das Gehwegenetz verbessern und es barrierefrei gestalten. Außerdem wollen wir die Verkehrssicherheit erhöhen und das Unfallrisiko senken durch Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge und Motorräder an geeigneten Stellen. Bestehende Angsträume an Fußwegen wollen wir abbauen und bei
1610 der Planung und beim Bau neuer Wege darauf achten, dass keine neuen Angsträume entstehen. Um Fußwege bedarfsgerecht zu planen, werden zurzeit **Fuß- und Kinderwege** stadtteilbezogen untersucht. In dem Zusammenhang stellt für uns die Verbesserung der Schulwegsicherung ein wichtiges Dauerthema dar. Der Anteil der Wege, die von Kielerinnen und Kielern mit dem Fahrrad zurück gelegt werden, ist von 8% im Jahr 1988 auf 21% im Jahr 2008 gestiegen und soll weiter erhöht werden.
1615 Dazu soll das bestehende **Veloroutennetz** kontinuierlich ausgebaut werden und um eine Hauptroute am Stadtrand (Stadtrandtangente) ergänzt werden. Bestehende Routen ins Umland sollen zusammen mit den benachbarten Gemeinden fortgeführt werden. Wir haben dafür gesorgt, dass am Hauptbahnhof eine **Radstation mit Verleih, Werkstatt, Fahrradparkhaus und Servicezentrale („Umsteiger“)** im Jahr
1620 2010 eingerichtet worden ist. Außerdem wollen wir mehr öffentliche Abstellplätze für Fahrräder („Kieler Bügel“) in Stadtteilen mit hohem Fahrradaufkommen aufstellen.

Das **Kraftfahrzeug** bleibt nach wie vor das am meisten genutzte Verkehrsmittel. Wir wollen einen **möglichst störungsfreien Verkehrsfluss auf dem Verkehrsstraßennetz und eine gute Anbindung aller Stadtteile** an dieses Netz. Wir wollen prüfen,
1625 ob dazu die Ampelschaltungen verkehrsgerechter erfolgen können. Außerdem wollen wir, wo möglich, Kreisverkehre bauen, um den dynamischen Verkehrsfluss zu erhalten und trotzdem die notwendige Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. Aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur in unserer Stadt und in der Region, der Zunahme der Verfügbarkeit von Personenkraftfahrzeugen (Pkw) in den künftigen
1630 Jahren und verstärkter Verflechtungen zwischen Stadt und Umland wird die Verkehrsleistung von Personenkraftwagen tendenziell zunehmen. Wir wollen deshalb zunächst Maßnahmen ergreifen, die diesem Trend entgegenwirken, z.B. stadt- und verkehrsnahen Wohn- und Arbeitsplatzstandorte ausweisen, weil das Wohnen in der Stadt das Verkehrsaufkommen in der Region begrenzt und den Fuß- und Radverkehr
1635 sowie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs fördert. In Wohngebieten, in denen besonders Familien wohnen, wollen wir verträgliche Mittel der Verkehrsberuhigung einsetzen („**Spielstraßen**“). In dem von uns auf den Weg gebrachten „Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept“ ist eine gute Nahversorgung der Stadtteile mit Geschäften in fußläufiger Entfernung angelegt, sodass für viele Einkäufe auf das

1640 Auto verzichtet und in manchen Haushalten die Anschaffung eines Zweitwagens erspart werden kann. Darin unterscheidet sich unsere Stadt von kleineren Umlandgemeinden, in denen der Einzelhandel fehlt, was zu einer häufigeren Autonutzung auch auf Kieler Straßen führt.

1645 Wer von oder nach Kiel über größere Entfernungen per Pkw oder Lkw fahren muss, braucht eine sechsspurig ausgebaute **Autobahn A 7** zwischen Bordesholm und Hamburg und eine zur **Autobahn A 21** ausgebaute Bundesstraße B 404, die nicht anschließend auf dem Kieler Stadtgebiet im Stau vor Barkauer Kreuz endet. Wir fordern, die **Südspange Gaarden** als Abschluss der Autobahn A 21 auf Kieler Stadtgebiet zu bauen und damit die Verkehre nach Osten bereits vor dem Barkauer Kreuz zu teilen und die Leistungsfähigkeit der städtischen Straßen zu erhalten. Im zweiten Schritt ist die Südspange Gaarden zur Entlastung der Menschen am Ostring so zu verlängern, dass insbesondere die Lkw-Verkehre zum Ostuferhafen und die Pendlerströme aus der Probstei verlagert werden, damit die dichtbewohnten Bereiche in Gaarden und Ellerbek entlang des Ostrings deutlich entlastet werden. Unser Vorbild dafür ist der Olof-Palme-Damm, der den Westring deutlich entlastet hat. Wir wollen eine **Ostufarentlastungsstraße**, um den Verkehr anwohnerfreundlicher lenken zu können. Voraussetzung für die Realisierung der Ostufarentlastungsstraße ist die Aufnahme der Maßnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, um den Bau finanzieren zu können.

1660 Nach einem umfassenden Bürgerbeteiligungsverfahren hat die Kieler SPD dafür gesorgt, dass die **vorhandene Anschlussstelle zum CITTI-Park um eine Auffahrt zur Autobahn A 215 in Richtung Mettenhof, eine Auffahrt zur Bundesstraße B 76 in Richtung Holteinstadion sowie eine Abfahrt von der Bundesstraße B 76 aus Richtung Holteinstadion ergänzt wird**. Dabei soll die Anschlussstelle nicht mit dem Hasseldieksdammer Weg verknüpft werden, um den Stadtteil Hasseldieksdammer vor zusätzlichem Verkehr zu bewahren. Wir wollen, dass der Schutz der Wohnbevölkerung im Bereich der Siedlung Hasselrade vor den Auswirkungen des Verkehrs in besonderem Maße (z.B. Lärmschutzmaßnahmen) berücksichtigt wird.

1670 Wir wollen dem **Umweltverbund** fördern: Busse&Bahnen, Car-Sharing, Pendler-Portal, Park&Ride und Bike&Ride.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

1675 Wir wollen den **Öffentlichen Personennahverkehr** in Kiel und in der Region weiter entwickeln und verbessern, zu Lande und zu Wasser. Wenn der Preis für Kraftstoffe immer mehr steigt, werden immer mehr Menschen – insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen – auf einen funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sein, mit dem man gut und schnell sein Ziel erreicht. Damit die Stadt den Personennahverkehr wirtschaftlich betreiben kann, muss er bedarfs- und nachfrageorientiert sein und zu einer Steigerung der momentan rückläufigen Fahrgastzahlen führen.

1680 Zentrales Verkehrsunternehmen der Stadt ist die **Kieler Verkehrsgesellschaft**
(KVG), die den Busverkehr betreibt. Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Stadt die
in der Vergangenheit an eine private Beteiligungsgesellschaft veräußerte Minderheit
der Gesellschaftsanteile wieder zurückkauft. Die Rekommunalisierung der KVG ge-
währleistet eine gute Busverkehrsversorgung auf den vielen Haupt- und Nebenstre-
cken zu bezahlbaren Preisen. Außerdem werden die KVG und damit die fast 600 Ar-
beitsplätze des Verkehrsunternehmens für Kiel erhalten. Im Rahmen der früheren
Veräußerung der Anteilsminderheit wurden von der Kartellbehörde anschließend Auf-
lagen über die Ausschreibung der Busverkehrsleistungen in unserer Stadt gemacht.
Obwohl die KVG in den letzten Jahren enorme Kostenreduzierungen erreicht hat, be-
stand die Gefahr, dass ein privates externes Unternehmen ein Ausschreibungsver-
fahren gewonnen hätte und die KVG ihre Fahrer nicht weiter hätte beschäftigen kön-
nen. Aufgrund des von uns vollzogenen Rückkaufs der Anteile kann – auf Grund des
erst seit jüngerer Zeit eindeutigen europäischen Rechtes – eine Ausschreibung ent-
fallen und die Stadt an ihr eigenes Verkehrsunternehmen Streckenaufträge direkt
vergeben.

Wir wollen auch jenen Menschen Mobilität ermöglichen, deren Einkommen be-
schränkt ist. Wir unterstützen auch in Zukunft das **Semesterticket**: Die Selbstverwal-
tungskörperschaften der Studierenden in Kiel und die Kieler Verkehrsgesellschaft
vereinbaren vertraglich günstige Halbjahreskarten für den Busverkehr, wobei der
Kartenpreis von jeder Studierenden und jedem Studierenden gezahlt werden muss.
Wir streben an, dass Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt zu vergleichbaren
Bedingungen wie die Studierenden mit dem Semesterticket günstig befördert werden
(„**Schuljahresticket**“). Dazu wollen wir mit dem Landesgesetzgeber, den Eltern- und
SchülerInnenvertretungen und den Akteuren der Verkehrsunternehmen in einen Dia-
log treten, auf welche Weise dies trotz unterschiedlicher Voraussetzungen sozialver-
träglich und wirtschaftlich organisiert werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass für
Menschen, die als Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger Inhaberinnen
oder Inhaber eines „Kiel-Pass“ sind, die Kosten für die Benutzung des Öffentlichen
Personennahverkehrs übernommen werden („**Solidaritätsticket**“). Voraussetzung
ist eine anteilige Übernahme der Kosten durch das Land. Die solidarische Beteili-
gung von Unternehmen, vermögenden Privatpersonen, Vereinen oder Stiftungen an
der Finanzierung des Solidaritätstickets wollen wir prüfen.

Wir wollen die **Verkehrssicherheit bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel**
erhöhen. Das erhöht die Kundenzufriedenheit und beugt Vandalismus vor. Zur Unter-
stützung von ungeübten und insbesondere älteren und gebrechlichen Fahrgästen so-
wie von jüngeren Kindern wollen wir prüfen, ob zum Beispiel Arbeitslose im Rahmen
von Eingliederungsmaßnahmen in das Berufsleben oder ehrenamtlich engagierte Ju-
gendliche als „Busbegleiter/innen“ helfen können.

Der **Zentrale Omnibusbahnhof** (ZOB) ist marode und muss erneuert werden. Zu
diesem Zweck haben wir einen Parkraumbewirtschaftungsbetrieb gegründet, der
dies finanzieren soll. Der Wettbewerb um die beste Architektur für einen attraktiven

Busbahnhof, der auch in Zukunft mit einem Parkhaus kombiniert sein wird, ist bereits angelaufen.

- 1725 Täglich pendeln über 70.000 Menschen vom Umland nach Kiel oder von Kiel ins Umland, meist allein im privaten Wagen. Als Klimaschutzstadt und angesichts endender Ölreserven, die zu absehbar steigenden Kraftstoffpreisen an den Tankstellen führen werden, verfolgen wir das Ziel, möglichst vielen Pendlerinnen und Pendlern mit dem Umweltverbund eine umweltfreundliche Lösung ihrer individuellen Verkehrssituation anbieten zu können. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Land und den Kommunen des Umlandes eine **Stadt-Regional-Bahn** errichten und noch in der Kommunalwahlperiode 2013-2018 die erste Teilstrecke in Betrieb nehmen. Mit geeigneten Schienenfahrzeugen sollen Eckernförde, Neumünster, Preetz und Schönberger Strand direkt und umsteigefrei mit der Kieler Innenstadt und anderen Stadtteilen verbunden werden. Dafür sollen ca. 24 Kilometer Bahnstrecken innerhalb der Stadt U-
- 1730 förmig um die Förde und Ausbaustrecken von Dietrichsdorf nach Suchsdorf und Mettenhof gelegt werden. Für die Anbindung an die Region soll auf rund 105 Kilometer bereits bestehende Regionalbahnstrecke zurückgegriffen werden, die speziell für den Stadt-Regional-Bahn-Verkehr weitere 18 Haltepunkte erhalten soll. Das Liniennetz soll aus fünf Linien bestehen, die im 30-Minuten-Takt in die Region und im 15-Minuten-Takt ins Stadtgebiet fahren sollen. Die erforderlichen Mittel für Investitionen sollen neben Fördermitteln des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein von der Stadt und den Kommunen der Region bereitgestellt werden, deren Einwohnerinnen und Einwohner Vorteile von der Schienenanbindung und dem besseren Bahnanschluss haben. Die Erfahrungen aus anderen Städten, in denen eine solche Stadt-
- 1735 -Regional-Bahn eingeführt worden ist, zeigen, dass anschließend sehr viel mehr Menschen als vorher den nun bequemerem und schnelleren Personennahverkehr benutzen als vorher und das eigene Auto dafür stehen lassen. Dies entlastet die Umwelt und die Kieler Straßen. An verkehrsstrategischen Rendezvous-Haltestellen soll der städtische Busverkehr mit der Stadt-Regional-Bahn durch Zubringerbusse verbunden werden, denn mit der Stadt-Regional-Bahn werden die Busse nicht abgeschafft, sondern verändern ihre Funktion und verbessern so das Verkehrsangebot. Wir wollen in öffentlicher Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt und in der Region die Akzeptanz für die Stadt-Regional-Bahn herzustellen und diese dann möglichst schnell realisieren. Dabei wollen wir, dass die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) den Betrieb der Stadt-Regional-Bahn übernimmt, gemeinsam mit den Partnern im Verkehrsverbund Region Kiel. Aufgrund der Rekommunalisierung der Kieler Verkehrsgesellschaft kann der Betriebsauftrag direkt vergeben werden. So erhalten wir Arbeitsplätze vor Ort.
- 1740
- 1745
- 1750
- 1755
- 1760 Öffentlichen Personennahverkehr wird nicht nur mit Bussen und Zügen betrieben, sondern auch auf dem Wasser. Die Linienschiffe der **Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel** (SFK) stellen eine wichtige Verbindung zwischen West- und Ostufer dar. Studierende und Lehrende pendeln bequem zwischen dem Reventlou-Anleger am Landeshaus und den Anlegern Dietrichsdorf (Fachhochschule) und Wellingdorf (Geomar) mit der Linie F2, oft unter Mitnahme des Fahrrades.

- 1765 Das auch im Winterhalbjahr betriebene Norddreieck der **Linie F1** Laboe - Friedrichsort - Heikendorf ist für viele Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Friedrichsort und Beschäftigte auf dem ehemaligen MaK-Gelände aus der Probstei wichtig. Die saisonal unterschiedlich betriebene Linie F1 kann man auch als "kleine Hafensrundfahrt nach Fahrplan mit Zwischenhalten" betrachten und hat erhebliche touristische Bedeutung. Für die Touristinnen und Touristen werden die beliebten **Hafensrundfahrten und Ausflugsfahrten** nach Eckernförde, Kappeln, in den Nord-Ostseekanal oder nach Schönberger Strand angeboten, letztere teilweise in Kombination mit der Museumsbahn Kiel - Schönberger Strand für die Hin- oder Rückfahrt.
- 1770
- In den nächsten Jahren steht für die Bestandssicherung des heutigen Angebots die schrittweise **Erneuerung des Schiffsbestandes** an, was sowohl die Passagierschiffe als auch die Schlepper betrifft. Die Schleppsparte muss in der Lage sein, den Bedürfnissen des Kieler Hafens nachzukommen und durch weitere Aufträge außerhalb der Förde das Defizit der Fördeschiffahrt zu finanzieren. Häufig geäußerten Wünschen nach Ausweitungen des Fährangebotes wollen wir nur entsprechen, wenn sich
- 1775
- 1780 die dadurch begünstigten Umlandgemeinden und der Kreis Plön angemessen an den Kosten beteiligen.

Daseinsvorsorge: Strom und Gas, Fernwärme und Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung

- 1785 Die Stadt nimmt ihre Pflicht zur **öffentlichen Daseinsvorsorge** wahr. Zur Versorgung der Kielerinnen und Kieler mit Strom und Gas, Fernwärme, Wasser und zur Entsorgung von Abwasser und Abfall setzt sie auf bewährte städtische Unternehmen. Die Stadtwerke Kiel AG, deren Anteile zu 49% der Stadt gehören, sind der größte Versorger unserer Stadt und der Region für Strom, Gas, Wärme und Wasser. Die Abwasserbeseitigung wird durch die Stadtentwässerung der Stadt Kiel geleistet. Die
- 1790 Müllabfuhr (Abfallsammlung) betreibt der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK), die Beseitigung der in Kiel anfallenden Abfälle erfolgt durch Verbrennung im Müllheizkraftwerk der Müllverbrennung Kiel GmbH & Co. KG, an der unsere Stadt die Mehrheit der Gesellschaftsanteile hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen **Anspruch auf kommunale Leistungen, die ihnen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden**. Wir werden bei der Erledigung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge kommunalwirtschaftlichen Lösungen den Vorzug vor Privatisierungen geben.
- 1795
- 1800 Das mit Steinkohle betriebene **Gemeinschaftskraftwerk** (GKK) auf dem Kieler Ostufer erzeugt eine elektrische Bruttoleistung von 354 Megawatt, mit der nicht nur unsere Stadt versorgt wird, sondern die auch in das europäische Verbundsystem eingespeist wird. Das Gemeinschaftskraftwerk liefert darüber hinaus bis zur Hälfte des Wärmebedarfs für die an das Kieler Fernwärmenetz angeschlossenen Haushalte. Ein Fernwärmehunnel unter der Förde versorgt das Westufer mit der Wärme aus dem Gemeinschaftskraftwerk. Daneben liefern das Heizkraftwerk am Knooper Weg und
- 1805 das Müllheizkraftwerk am Theodor-Heuss-Ring Fernwärme für Betriebe, Verwaltun-

gen und Wohngebäude. Wir wollen eine **Nachfolgelösung** für das in wenigen Jahren stillzulegende Gemeinschaftskraftwerk und **schließen den Bau eines Riesen-Kohlen-Meilers mit 800 Megawatt** an elektrischer Leistung **aus**. Die Kieler SPD will die vorhandene Energieversorgung fortentwickeln und im Rahmen eines **nachhaltigen Energiekonzeptes** einzelne Schritte für eine Neustrukturierung der Energieversorgung mit einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur verstärkten Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung umsetzen. Dazu wird die Stadtwerke Kiel AG als kommunales Unternehmen in der Region eine wichtige Rolle spielen. Die anstehenden Ausschreibungen der Konzessionsverträge sollen mit dem Ziel verbunden werden, die Umsetzung des Kieler Energiekonzeptes zu stärken und zu befördern.

Wir haben dafür gesorgt, dass sich unsere Stadt der Imagekampagne „SolarLokal“ angeschlossen hat: Kiel wirbt jetzt als nördlichste Stadt für umweltfreundlichen **Solarstrom**. Über eine kostendeckende Einspeisevergütung der Stadtwerke Kiel AG werden Solarstrom und solarthermische Anlagen gefördert. Die Stadt stellt darüber hinaus unentgeltlich geeignete städtische Dachflächen für Bürgersolaranlagen zur Verfügung.

Wir wollen zur Erzeugung von **Windenergie** im Kieler Süden ein Eignungsgebiet ausweisen.

Wir wollen das Projekt „**Energiequartier in Gaarden**“ umsetzen, in dem der Wohnungsbestand durch energetische Maßnahmen und verstärkte Nutzung der Fernwärme und erneuerbare Energien verbessert wird. Energie und Klimaschutz soll ein Schwerpunktbereich der Wirtschaftsaktivitäten der stadteigenen Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KIWI) werden.

Wir wollen das Bauen energieeffizienter und ökologischer Häuser anregen und fördern. Das gilt auch für die Sanierung von Altbauten. Öffentliche Bauten müssen energiepolitischen Vorbildcharakter haben. Unsere Stadt hat als Klimaschutzstadt die Pflicht zum Vorbild bei der **energetischen Sanierung** von städtischen Gebäuden wie Kindertagesstätten, Schulen oder Sporthallen. Mithilfe der Konjunkturförderung des Bundes zur Milderung der Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise 2008 haben wir viele Sanierungsmaßnahmen in Kiel verwirklicht. Unser langfristiges Ziel ist der flächendeckende Passivhausstandard bei städtischen Gebäuden – das spart nicht nur Energie, sondern auch Betriebskosten und schont so den Haushalt. Energiesparen bleibt ein wesentliches Ziel. Hier ist weiterhin eine umfassende Aufklärung und Information notwendig.

Im Klärwerk Bülk wird nicht nur das **Abwasser** unserer Stadt, sondern auch das von 20 weiteren Gemeinden des Umlandes behandelt. Wir wollen die Kieler Stadtentwässerung mit den Umlandgemeinden in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführen und gemeinsam betreiben.

Wir haben dafür gesorgt, dass in unserer Stadt seit 2012 wieder alle „grauen“ Restabfalltonnen und alle „blauen“ Altpapiertonnen vom städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) und nicht mehr von einem privaten Entsorger geleert werden: Die

Müllabfuhr ist rekommunalisiert. Schrott und Sperrgut aus privaten Haushalten werden ebenfalls wieder auf städtischen Wertstoffhöfen angenommen statt bei privaten Entsorgern. Die nun bei der Stadt beschäftigten Müllwerker bekommen ordentliche Löhne für ihre schwere Arbeit. Die Gebühren sind nicht gestiegen und bleiben stabil, weil ein städtischer Betrieb steuerbefreit ist und so trotz höherer Löhne günstig kalkulieren kann. Gewinne des Müllheizkraftwerks (MVK), in dem aus dem verbrannten Restabfall und aus Gewerbeabfällen Strom und Fernwärme erzeugt werden, fließen jetzt in die Gebührenberechnung ein.

Die Einwohnerzahl unserer Stadt, ihre Altersstruktur und die Größe der einzelnen Häuser und Wohnungen bestimmen die Zukunft der Abfallentsorgung. Aufgrund des demographischen Wandels gehen wir von einer steigenden Zahl an Wohnungen aus, in denen aber pro Wohnung weniger Menschen als heute leben werden (d.h. mehr Zwei- und Ein-Personen-Haushalte). Künftig werden mehr und dafür kleinere Tonnen gebraucht als heute. Deshalb wollen wir die **Sammlung des Abfalls effizienter** machen, zum Beispiel in Wohnanlagen große Abfallcontainer „unter der Erde“ mit Einfüllstutzen (Unterflurbehälter) installieren, die mehr Müll als die heutigen Tonnen fassen und seltener geleert werden müssen. Gerade Ältere und Menschen mit Behinderungen (z.B. Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer) können so einfacher ihren Müll entsorgen. Um die Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen zu verbessern, sollen da, wo es möglich ist (z.B. rund um die Hörn), **viele kleine Abfallkörbe gegen große Abfallcontainer „unter der Erde“** mit Einfüllstutzen **getauscht** werden. Für die Müllabfuhr werden so Wege bei der Leerung kürzer und effizienter. Dies trägt zur Sauberkeit unserer Stadt und damit auch zur öffentlichen Sicherheit bei.

Das kraft-wärme-gekoppelte **Müllheizkraftwerk** am Theodor-Heuss-Ring mit seinen weltweit herausragenden Filteranlagen wollen wir auch in Zukunft für die Beseitigung von kommunalem Siedlungsabfall und Gewerbeabfällen nutzen, aus der Verbrennung des Abfalls umweltfreundlich Strom und Fernwärme gewinnen und diese an die Endkundinnen und -kunden veräußern.

Die Steuerung der städtischen Beteiligung erfolgt durch das **Beteiligungsmanagement** der Stadtverwaltung, das im Eigenbetrieb Beteiligungen Kiel (EBK) konzentriert ist. Wir wollen, dass das Beteiligungsmanagement ein neues Gesamtkonzept zur Steuerung der städtischen Beteiligungen gemäß den strategischen Zielen unserer Stadt entwickelt und gemeinsam mit der Ratsversammlung, ihren zuständigen Ausschüssen und den städtischen Unternehmen umsetzt.

Solide Finanzen

Die finanzwirtschaftliche Lage unserer Stadt ist angespannt, hat sich aber im Vergleich zu den Vorjahren verbessert. In den nächsten Jahren wird mit deutlich sinkenden Defiziten geplant, die sich bis zum Jahr 2015 fast der Nulllinie nähern. Wir stehen zu einer **vernünftigen kommunalen Konsolidierungspolitik**. Dies macht Reformen notwendig. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir erkennen auch die großen finanziellen Herausforderungen, die auf unsere Stadt weiter zukommen wer-

den. Deshalb sind unsere Vorschläge immer mit dem Vorbehalt versehen, dass die
1890 jeweilige finanzielle Lage bestimmt, was in welcher Reihenfolge umgesetzt werden
kann (**Finanzvorbehalt**). Aber Einsparen ist nicht Selbstzweck. Deshalb gehört zu ei-
ner verantwortungsbewussten Politik immer auch der „**Sozialvorbehalt**“, der uns von
anderen Parteien unterscheidet und den wir bei jeder Entscheidung prüfen werden.
Um für sinnvolle Konsolidierungsmaßnahmen breite Zustimmung erlangen zu kön-
1895 nen, wollen wir in einer „**Ständigen Haushaltsstrukturkommission**“ mit allen in der
Ratsversammlung vertretenen Fraktionen zusammenarbeiten und den Bürgerinnen
und Bürgern deutlich machen, welchen vernünftigen Maßnahmen auch breite Mehr-
heiten in der Ratsversammlung zuzustimmen bereit sind.

Gleichzeitig betonen wir, dass eine **nachhaltige Konsolidierung der Haushalte al-**
1900 **ler Städte** – auch unserer Stadt – **nur durch veränderte Rahmenbedingungen**
von Bund und Land auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite **möglich** sein
wird. Wir fordern – über die schrittweise Übernahme der Kosten für Grundsicherung
im Alter und für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung hinaus – die Ent-
lastung des Kieler Stadthaushalts von Sozialausgaben, deren Entstehung nicht vor
1905 Ort, sondern gesamtgesellschaftlich begründet ist, die bisher aber vor allem den
Stadthaushalt belasten.

Wir wollen die Vermeidung bzw. die Begrenzung von Haushaltsdefiziten und den Ab-
bau der Verschuldung durch vorsorgliches und nachhaltiges Verwaltungsmanage-
ment (**vorausschauende Haushaltspolitik**). Dabei wollen wir das **jährliche Haus-**
1910 **haltsdefizit Schritt für Schritt abbauen**, uns damit dem Hauptproblem in der Haus-
haltspolitik widmen und die Ausgaben senken. Solidität geht hier vor Zügigkeit. Defi-
zite der Vergangenheit, die über viele Jahre aufgelaufen sind, können nicht in kurzer
Zeit verschwinden. Wir haben in dieser Kommunalwahlperiode durch eigene Anstren-
gung das Haushaltsdefizit gesenkt und streben an, das Defizit weiter zu kürzen, trotz
1915 der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Spielraum für die Konsolidie-
rung des städtischen Haushalts ist jedoch abhängig von der gesamtwirtschaftlichen
Konjunkturlage. Nicht nur die Qualität der Sanierungsmaßnahmen ist von Bedeu-
tung, sondern auch der Zeitpunkt, zu welchem sie angewandt werden. Einnahmestei-
gerungen und Ausgabenkürzungen, die den Haushalt nur im Promille-Bereich entlas-
1920 ten, aber bei den Betroffenen harte Einschnitte zur Folge haben, lehnen wir ab.
Haushalts- und Finanzpolitik muss als der Politik dienendes Instrument auch soziale
Kosten berücksichtigen.

Wir haben die Haushaltskonsolidierung auf Basis der doppelten Haushaltsführung
(Doppik) mittels eines **ganzheitlichen Reformprozesses** weiterentwickelt. Mit der
1925 kompletten Umstellung auf den nun doppischen Haushalt seit dem Jahr 2009 haben
wir die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts
beauftragt („**Kieler Konsolidierungspfad**“). Die konkrete Ausgestaltung der Haus-
haltskonsolidierung orientiert sich an den strategischen Zielen unserer Stadt. Zur Ab-
sicherung der Haushaltskonsolidierung soll ein Anreizsystem der pauschalen Über-
tragung eingeführt werden: Nicht verausgabte Mittel werden als Reste in den Bud-
1930 gets der sparsamen Verwaltungseinheiten belassen, sodass sie im Folgejahr noch

zur Verfügung stehen. Die Dezernate sollen zudem die Möglichkeit umzuschichten, im Vollzug Mittel umzuschichten, bisherige Standards zu prüfen oder – soweit rechtlich zulässig – bestimmte Aufgaben nicht mehr wahrzunehmen, um flexibel auf neue Situationen reagieren zu können. Das Controlling soll im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung in die Fachdezernate verlagert und entsprechendes Personal bereitgestellt werden.

In den Jahren von 1998 bis 2002, als die SPD die Mehrheit in der Ratsversammlung stellte, sank die städtische Verschuldung um über 153 Mio. Euro! Dagegen stieg sie unter anderen Mehrheiten in den folgenden Jahren bis 2008 wieder um 52 Mio. Euro an. Wir wollen verlässlich Erträge und Aufwendungen im Stadthaushalt ausgleichen und so **langfristig die Verschuldung wieder senken**.

Die **Verwaltungsreform** wird fortgesetzt. Die stetige Überprüfung, welche von der Stadtverwaltung wahrgenommenen Aufgaben auf welche Weise besser und gleichzeitig sparsamer erledigt werden können (Aufgabenkritik), und die Haushaltskonsolidierung werden in einem Reformkataster zusammengeführt. Die stetige Überprüfung der verwaltungsinternen und –externen Abläufe ist dabei eine Daueraufgabe, die wir rational betreiben. Dabei sind wir uns der Grenzen bewusst, die der Stadt durch gesetzliche Pflichten und Standards bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gesetzt werden. Zur Fortsetzung der Aufgabenkritik wollen wir, dass die Stadtverwaltung eine Übersicht erstellt, welche Aufgaben seit dem Jahr 2004 weggefallen bzw. in ihrem Umfang reduziert oder erweitert worden sind, welche Aufgaben sind seit 2004 an Dritte delegiert worden und welche Aufgaben die Stadt seit 2004 effizienter als zuvor erledigt. Dazu sollen die Aufgaben in Bindungsgrade eingeteilt werden, z.B. ob die Erledigung einer Aufgabe nach Art und Umfang gesetzlich bestimmt ist, ob wenigstens der Umfang der Aufgabenerfüllung von der Stadt frei festgelegt werden kann oder ob die Stadt selbst darüber entscheidet, ob sie eine bestimmte Aufgabe überhaupt – und wenn ja, wie – erfüllen will. Damit wollen wir **transparent** machen, welche Aufgaben die Stadt wahrnimmt und was sie für die Bürgerinnen und Bürger leistet, bevor über die Veränderung oder Abschaffung öffentlicher Leistungen entschieden wird. Wir wollen **vorrangig Geschäftsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung** auf Einsparpotentiale untersuchen und optimieren.

Wir wollen die **natürliche Fluktuation der Beschäftigten** für einen verträglichen Abbau von Personalstellen **nutzen**. Dazu soll bei jeder durch Altersabgang konkret freiwerdenden Stelle geprüft werden, ob auf ihr wieder eine Nachwuchskraft einzustellen ist oder ob die dort wahrgenommenen Aufgaben anders und sparsamer erledigt werden können (**stellenscharfe Personalwirtschaft**). Bis zum Jahr 2020 soll nur die Hälfte der bis dahin durch altersbedingte Abgänge frei werdenden Stellen wiederbesetzt werden. Wir wollen eine **Personalplanung** innerhalb der Stadtverwaltung, die den notwendigen Einsatzbedarf rechtzeitig erkennt, das vorhandene Personal dementsprechend im Rahmen des Möglichen qualifiziert und anschließend beim Eintritt des bisherigen Stelleninhabers in den Ruhestand eine geeignete, dann qualifizierte Fachkraft innerhalb der Stadtverwaltung umsetzt.

1975 Wir wollen **unnötige Doppelstrukturen** in der Verwaltung **abbauen**. Bei vergleichbaren Aufgabenzuschnitten sollen bislang getrennte Verwaltungseinheiten kombiniert werden, um so Synergieeffekte zu erreichen. Wir wollen die Zusammenführung von bisherigem Abfallwirtschaftsbetrieb (zuständig für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Werkstatt für die meisten städtischen Fahrzeuge) und Grünflächenamt, Teilen des Tiefbauamtes und der Immobilienwirtschaft zu einem gesamtstädtischen „Stadtpflegebetrieb“. Auf diese Weise können die städtischen Reinigungs- und Grünpflegearbeiten zentral erledigt, der Stadtpflegebetrieb wie der bisherige Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) in seiner bisherigen öffentlich-rechtlichen Organisationsform mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weitergeführt werden.

1985 Durch **regionale Kooperation** unserer Stadt mit anderen öffentlichen Verwaltungen soll der städtische Haushalt entlastet werden. Bereits heute arbeitet die Kieler Stadtverwaltung mit anderen Kommunen auf dem Gebiet der Ausbildung von Verwaltungsnachwuchs, der Kraftfahrzeugzulassung, der Tierseuchenbekämpfung, der Bauaufsicht, der Gesundheitsverwaltung, im Verkehrsverbund, in der Abfallentsorgung und in der Straßenreinigung und in der Wirtschaftsförderung zusammen. Wir haben dafür gesorgt, dass unsere Stadt mit den benachbarten Gemeinden Altenholz und Kronshagen eine gemeinsame Volkshochschule betreibt, und wir haben die Stiftungsaufsicht für unsere Stadt auf die Plöner Kreisverwaltung übertragen. Wir wollen weitere oder intensivere Formen der Zusammenarbeit mit anderen kreisfreien Städten oder benachbarten Kreisverwaltungen prüfen, z.B. Gemeinsame Veterinärämter, Gemeinsame Rechtsämter, Gemeinsame Rechnungsprüfungsämter.

1990 Die Verringerung der Verschuldung der Stadt und die gleichzeitige Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur sind kein Widerspruch, sondern die eigentliche Herausforderung an eine intelligente Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht **kontinuierliche öffentliche Investitionen** auf verlässlichem und angemessenem Niveau. Die Kieler SPD fordert darum, dass unserer Stadt **wieder ein auskömmliches Kreditvolumen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erlaubt wird, nachdem die Kommunalaufsicht des Landes mit einer Halbierung der zulässigen Kreditaufnahme dringende Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten, Straßen und Entwässerungsanlagen ausgebremst hat. Wir wollen eine Investitionsplanung für unsere Stadt, mit der unnötige Ausgaben vermieden werden (z.B. durch das Verschieben von dringenden Investitionen in Folgejahre und die dadurch bedingte Erhöhung der Kosten). Eckpunkte einer solchen **intelligenten Investitionsplanung** sind: Ausgaben für Investitionen werden vorrangig getätigt, wenn es nachweislich teurer wäre, sie zu unterlassen, oder wenn die Stadt ohnehin gesetzlich oder durch Verträge verpflichtet ist, eine bestimmte öffentliche Aufgabe zu erfüllen, und die Ausgabe deshalb gar nicht unterlassen kann. Rentierliche Investitionen, bei denen die Ausgaben entweder durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden (z.B. bei der Sanierung von Entwässerungskanälen durch Abwassergebühren), oder bei denen durch die Kosten der Investition innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes Ausgaben im Stadthaushalt an anderer Stelle eingespart werden können, wollen wir dabei verstärkt in den Fokus nehmen. Investitionen in Schulen, Kindertagesstät-

ten, Krankenhäuser, Verkehr und Sportstätten kommen allen Menschen zugute. Wir sind für einen zwischen dem Bund, dem Land und den schleswig-holsteinischen Kommunen abgestimmten **Investitionspakt zur Stärkung der kommunalen Da-**
2020 **seinsvorsorge**, damit auf diese Weise die kommunalen Investitionen gekräftigt werden

Grundsätzlich geben wir der **kommunalen Eigenfinanzierung** von Investitionen den Vorzug. Dabei setzen wir sowohl auf direkte Investitionen unserer Stadt als auch auf die Investitionen der städtischen Unternehmen, die das Stadtbild prägen (z.B. am
2025 Seehafen oder in der Ver- und Entsorgung). Andere Modelle wie Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) wollen wir nur nutzen, wenn im jeweiligen Einzelfall nachweisbar ist, dass diese die finanziell günstigste Form der Realisierung notwendiger Investitionen darstellen.

Wir fordern eine **Modernisierung des Gemeindehaushaltsrechts** und seine **An-**
2030 **passung an eine betriebswirtschaftliche Haushaltsführung**. Investitionsprogramme vor allem in Schulen und Kindertagesstätten, welche die Ursachen für langfristig hohe Aufwendungen für soziale Transferleistungen beseitigen sollen, sollen in Zukunft in Sonderhaushalten geführt, die nicht jährlich – sondern langfristig – auszugleichen sind; deshalb ist es erforderlich, die Voraussetzungen für eine betriebswirtschaftliche, in den städtischen Unternehmen seit Jahrzehnten bewährte Wirtschafts-
2035 und Erfolgsplanung auch für umfassende soziale Investitionsprogramme der Stadt selbst einzuführen. Das Land soll das schleswig-holsteinische Gemeindehaushaltsrecht entsprechend anpassen.

Bei **öffentlichen Aufträgen**, insbesondere im Rahmen der freihändigen Vergabe,
2040 sollen **so oft wie möglich klein- und mittelständische Unternehmen** aus unserer Stadt und aus der Region zum Zuge kommen. Wir haben dafür gesorgt, dass im Rahmen der Konjunkturförderung des Bundes zur Bekämpfung der Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise weit über die Hälfte der städtischen Aufträge für die Herrichtung von Schulgebäuden, für energetische Sanierungen, für
2045 Fassadenarbeiten und für Straßenbaumaßnahmen an Unternehmen aus Kiel und der Region vergeben wurden. Das stärkt die regionale Wirtschaft und erhält Arbeitsplätze. Bei öffentlichen Ausschreibungen können weitere Einsparungen erreicht werden. Die Benutzung moderner Einkaufstechniken soll die Verwaltung bei der Ersparnis von finanziellen Aufwendungen unterstützen.

Wir wollen, dass **bei allen öffentlichen Ausschreibungen** der Stadt **soziale Kriterien an die Auftragsvergabe** angelegt werden. Bei geeigneten öffentlichen Aufträgen und einem ausreichenden Auftragsvolumen soll die teilweise Beschäftigung von Arbeitssuchenden (insbesondere Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) oder von schwerbehinderten Menschen zur zusätzlichen Bedingung gemacht werden. Die Stadt soll auch verlangen können, dass Auszubildende
2055 bei der Auftragsausführung eingesetzt werden müssen, oder dass mit der Durchführung des öffentlichen Auftrages zugleich Ausbildungs- oder Umschulungsmaßnah-

men von Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen oder andere ausbildungsfördernde Maßnahmen verbunden werden.

2060 Wir wollen, dass bei allen öffentlichen Ausschreibungen der Stadt nur Unternehmen zum Zuge kommen, die **Tariflöhne** zahlen. Wir erwarten vom Staat ein neues Tariftreuegesetz, das unserer Stadt eine solche Auftragsvergabe im Rahmen des Wettbewerbs- und Vergaberechts ermöglicht.

2065 Die **Gewerbsteuer** ist die wichtigste Steuer für die Städte, und sie muss Bestand haben. In Kiel ist sie die Quelle der höchsten Einnahmen im Stadthaushalt und unverzichtbar. Dabei zahlen von über 23.000 Gewerbebetrieben in Kiel nur etwas mehr als 3.000 überhaupt Gewerbesteuern, von denen wiederum gut ein Zehntel rund 90% des gesamten Gewerbesteueraufkommens in unserer Stadt erbringt. Die Zahl der Gewerbesteuerzahler muss breiter und stabiler werden. Wir fordern die **Weiterentwicklung** der Gewerbsteuer **zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer**, die neben den Gewerbetreibenden auch die freien Berufe einbezieht und wie bisher auf die Einkommensteuer anrechenbar bleibt, und die Aufhebung der Steuerfreiheit für Veräußerungen aus Kapitalgewinnen würde die Finanzausstattung der Städte stärken. Auch ist eine Reduzierung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Land zugunsten der Städte erforderlich.

2070 Wir wollen die **Hundesteuer** mit einer sozialen Ermäßigung ausgestalten: Menschen, die schon einen Hund besitzen und anschließend auf Transferleistungen angewiesen oder berechnete Inhaber des „Kiel Passes“ (Ermäßigungsausweis) sind, sollen für den ersten Hund nur noch die Hälfte des Hundesteuersatzes bezahlen müssen. Diese soziale Ermäßigung wird kostenneutral gegenfinanziert durch die geringfügige Anhebung des Hundesteuersatzes für den ersten Hund, die die anderen Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer zahlen. Darüber hinaus soll die bestehende Freistellung von der Hundesteuer für Hunde, die aus dem Tierheim Uhlenkrog geholt werden, von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert werden; dies entlastet die Stadt von Zahlungen an das Tierheim.

2080 Der Kreis der Steuerpflichtigen bei der **Zweitwohnungssteuer** ist erweitert worden. Wir haben dafür gesorgt, dass aus sozialen Erwägungen heraus Soldatenunterkünfte in Kasernen, Wohnungen in Studentenwohnheimen und Wohnungen, die zu therapeutischen Zwecken oder zur Pflege bewohnt werden, sowie die im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe zu Erziehungszwecken bereitgestellten Wohnungen nicht besteuert werden. Auf Initiative der SPD erhalten Studierende, die nach Kiel ziehen (aber nicht in ein Studentenwohnheim) und hier mit ihrer Wohnung oder – wie es das Gesetz vorschreibt – ihren Hauptwohnsitz anmelden, seit dem Jahr 2006 auf Antrag ein einmaliges Begrüßungsgeld der Stadt in Höhe von 150 Euro und vermeiden so die Zweitwohnungssteuer.

2090 Während das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2004 in Kiel nur rund 26.000 Euro pro Jahr betrug und Kiel zu den steuerschwachen, von Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs abhängigen Städten zählt, wurden im Umland der Oberzentren durchschnittlich zwischen 33.000 Euro

2100 und 37.000 Euro jährlich verdient, waren die dortigen Gemeinden finanziell wesent-
lich besser gestellt. Der **Kommunale Finanzausgleich** soll insbesondere die steuer-
schwachen Städte unterstützen, in denen viele Menschen mit geringeren Einkom-
2105 men wohnen als anderswo. Seit einigen Jahren ist die Finanzausgleichsmasse um
jährlich 120 Mio. Euro landesweit gekürzt worden, das bedeutet für unsere Stadt al-
lein Mindereinnahmen in Höhe von 12 Mio. Euro pro Jahr. Das Land Schleswig-Hol-
stein muss die **Finanzausgleichsmasse wieder erhöhen** und den 120 Mio. Euro-
Eingriff zurücknehmen. Die stärkere Beteiligung des Landes am Ausbau der Be-
treuungsangebote für Unterdreijährige ist dafür ein erster, aber noch nicht ausrei-
2110 chender Schritt. Außerdem müssen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs bei
der Berechnung des Finanzbedarfes der Stadt pro Einwohner die **überproportional
höheren Infrastrukturkosten der Städte** und ihre Leistungen auch für das Umland
stärker als bisher gewichtet werden. Die Unwucht im Kommunalen Finanzaus-
gleich, über dessen Ausgestaltung der Landesgesetzgeber bestimmt, muss beseitigt
werden. Bei der Bemessung des Finanzbedarfes der Städte und Gemeinden im Rah-
2115 men des Kommunalen Finanzausgleichs werden bislang nur die Einwohnerzahlen
der betreffenden Kommunen berücksichtigt; kleinere Orte erhalten weniger, größere
Orte erhalten mehr Zuweisungen. Zusätzliche Aufgaben größerer Städte wie Kiel für
ihr Umland und ihre Region sind bislang unzureichend berücksichtigt und sollen in
Zukunft – nach dem Vorbild der Finanzausgleichsgesetze anderer Bundesländer –
2120 durch eine Hinzurechnung auf die Einwohnerzahl (**Nebenansatz**) ausgeglichen wer-
den, wenn eine Stadt wie Kiel bestimmte Aufgaben übernimmt z.B. als Ober- oder
Mittelzentrum das Umland und die Region versorgt, selbst überdurchschnittlich viele
Kinder und Jugendliche aufweist und damit viele Kindertagesstätten und Schulen zur
Verfügung stellen muss, in ihr viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, die
2125 Stadt oder Gemeinde über ein langes Straßennetz oder einen für die Region bedeut-
samen Öffentlichen Personennahverkehr verfügt oder sie Standort bedeutsamer kul-
tureller Einrichtungen (z.B. von Museen) ist.

Das in der Landesverfassung verankerte **Konnexitätsprinzip** (= überträgt das Land
den Städten neue Aufgaben oder erweitert bereits übertragene Aufgaben, dann muss
2130 es den Städten auch den daraus entstehenden Mehraufwand bezahlen) darf nicht
umgangen werden, indem das Land in den kommunalen Finanzausgleich eingreift,
z.B. durch Kürzungen des Verbundsatzes und Minderungen der Finanzausgleichs-
masse.

Wir wollen eine **kommunale Altschuldenerhilfe** von Bund und Land, die nicht bei der
2135 Beseitigung von Defiziten (d.h. bei der Differenz von Erträgen und Aufwendungen)
stehen bleibt, sondern tatsächlich den aufgelaufenen Schuldenberg abzutragen be-
ginnen hilft, ist vonnöten.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in der Finanzpolitik stärker als bisher betei-
gen. Deshalb wollen wir einen **Kieler Bürgerhaushalt** zunächst in einem Amt der
2140 Stadtverwaltung **modellhaft einführen** und die dabei gemachten Erfahrungen in die
weitere Diskussion über diese Beteiligungsform einfließen lassen.

Umwelt, Grünanlagen und Kleingärten

Die Erhaltung von Natur und Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Sie ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Im Standortwettbewerb der Städte spielt das **Umweltklima** eine entscheidende Rolle für die **Lebensqualität**. Bereits im Jahr 1993 beschloss unsere Stadt auf Initiative der Kieler SPD die Einführung eines Umweltqualitätszielkatalogs für das Stadtgebiet.

Zum Schutz des **Grundwassers** und der **Böden** in unserer Stadt wollen wir das bereits bestehende Boden- und Altlastenkataster fortschreiben und die vorhandenen Grundwassermessdaten digital verfügbar machen. Wir unterstützen ein nachhaltiges Flächenmanagement. **Oberflächengewässer** wollen wir mithilfe von Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplänen in einen guten ökologischen Zustand bringen oder, wo nötig, zurückversetzen.

Weil **Lärm** zu weitreichenden gesundheitlichen, aber auch wirtschaftlichen Schäden führen kann, wollen wir aus Gründen des **Immissionsschutzes** die Lärmaktionsplanung fortsetzen, mit der „Ruhige Gebiete“ festgelegt werden, die vor einer weiteren Zunahme des Lärms geschützt werden sollen. Das dient dem Gesundheitsschutz und der Gesundheitsvorsorge, verbessert die Wohnqualität und erhöht das Wohlbefinden. Außerdem werden so die Qualität der Luft und die Verkehrssicherheit verbessert. Um mögliche nachteilige Wirkungen von **Mobilfunksendeanlagen** so weit wie möglich auszuschließen, soll die Stadt im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten als Bau-, Naturschutz- oder Denkmalschutzbehörde oder als Eigentümerin öffentlicher Gebäude Einfluss nehmen. Sie soll überhaupt keine Sendeanlagen in der Umgebung von Kindertagesstätten, Schulen, Alteneinrichtungen oder Kliniken zulassen und möglichst keine Anlagen in Wohngebieten, sondern bevorzugt in Gewerbegebieten.

Zur **Reinerhaltung der Luft** sollen Parkanlagen, Waldflächen und Wasserflächen sowie landwirtschaftlich genutzte Flächen erhalten bleiben und Luftleitbahnen in die und aus der Stadt nicht verbaut werden. Bei künftigen Planungen von Vorhaben wollen wir, dass die Innenhöfe entsiegelt, Bäume gepflanzt sowie Fassaden und Flachdächer z.B. von Werkshallen großflächig begrünt werden. Die größeren Parkflächen und der Grüngürtel im Übergangsbereich unserer Stadt zur freien Stadt sollen erhalten bleiben – werden neue Siedlungsbereiche angelegt, soll die Versiegelung so sparsam wie möglich und der Bereich ausreichend mit Grünflächen versehen sein. Wir wollen, dass die Luftqualität in unserer Stadt kontinuierlich weiter geprüft wird, wie dies in der Messstelle in Gaarden (Bahnhofsstraße) geschieht.

Wir wollen **Natur und Landschaft** pflegen. Neben den sechs bereits ausgewiesenen Landschaftsschutzgebieten, die bereits drei Viertel der zu schützenden Fläche in unserer Stadt sichern, unterstützen wir die Ausweisung zusätzlicher, kleinerer Gebiete. Außerdem wollen wir die geschützten Landschaftsbestandteile „Alte Stadtgärtnerei Kollhorst“ und Umgebung, die Biotopflächen zwischen Segeberger Landstraße, der Bahnlinie Kiel-Lübeck und der Kleinbahnlinie Kiel-Schönberg und die Biotopflächen

zwischen Kuckucksberg und Segeberger Landstraße in ihrer für den Naturschutz wichtigen Funktion erhalten.

- 2185 Wir wollen den **Kieler Wald** weiterentwickeln: die vorhandenen Waldflächen erhalten, an geeigneten Standorten abrunden und an geeigneten Flächen neue Wälder anlegen. Denn der Wald dient der Erholung der Kielerinnen und Kieler, ist Lebens- und Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere, schützt Boden, Wasser, Klima und wirkt als Sicht-, Lärm- und Immissionsschutz. Nicht zuletzt ist er wichtiger Lieferant für Sauerstoff und nachwachsende Rohstoffe, während er gleichzeitig Kohlendioxid speichert.
- 2190 Zur Pflege des Stadt- und Landschaftsbildes und zur stetigen Verbesserung des Stadtklimas in den Siedlungsbereichen wollen wir die **Baumschutzregelungen** der Stadt an veränderte Bilanzierungsmethoden bei Eingriffen in die Natur anpassen.

- 2195 **Natur erleben** muss allen Menschen in Kiel möglich sein. Daher setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau von Naturerlebnisräumen, Wald- und Stadtkindergärten, Lernen auf dem Bauernhof, grüne Schulhofentwicklung und Schulwälder ein. Wir wollen die **Tiergehege** unserer Stadt erhalten. In öffentlicher Trägerschaft bleibt der Bestand der Gehege überhaupt und der kostenfreie Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. In einer Großstadt ohne Zoo leisten die Tiergehege einen wesentlichen Beitrag zur Naherholung, zur Umweltbildung und zum direkten Naturerlebnis insbesondere für Familien mit Kindern, Schulklassen und Kindertagesstätten.
- 2200

- Wir wollen eine mit den Gemeinden des Umlandes abgestimmte Planung über die **Gestaltung der Landschaft** in unserer Stadt und der Region (Freiräumliches Leitbild). Alle Gärten, Parkanlagen, Friedhöfe, Gewässer, Wälder und Felder (unbebaute Freiräume) sind in einem „Grün-Ring-System“ angelegt: Der erste Ring ist der „Förderung“, der zweite Ring ist der „Innenstadtring“, der dritte Ring ist der „Landschaftsring“ an den Stadtgrenzen. Wichtige Erholungsflächen sind die Strände, das Schwentinetal und die verschiedenen innerstädtischen Parkanlagen und Gehölze wie der Schrevenpark, der Schützenpark, der Kleine Kiel, der Schlossgarten, die Moor-
2210 teichwiese, der Volkspark und die Grünflächen am Hindenburgufer – diese Flächen wollen wir weiter pflegen. Darüber hinaus wollen wir in Wohnbereichen, die nicht ausreichend mit erholungsgeeigneten Grünflächen ausgestattet sind, mehr Freiflächen entwickeln. Dies sind die Stadtteile Gaarden-Ost und Teile von Wellingdorf und Neumühlen-Dietrichsdorf sowie die Stadtteile Ravensberg, Blücherplatz, Brunswik, im
2215 Bereich der Vorstadt und rund um den Südfriedhof, zum Teil auch in Friedrichsort, Holtenau, Steenbek/Projensdorf, Suchsdorf, Hassee, Gaarden-Süd und Kronsburg. Wir wollen darum den **Grünzug Ida-Hinz-Park/Brook/Schwarzlandwiese** ausbauen.

- 2220 Unsere Stadt kann auf eine lange Tradition des **Kleingartenwesens** verweisen. Die Kieler Kleingärten übernehmen darüber hinaus wichtige soziale Aufgaben und dienen der Naherholung. Wir werden gemeinsam mit den Kieler Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern das Angebot der Kleingartenanlagen in unserer Stadt weiterentwickeln.

Öffentliche Sicherheit und Feuerwehren

2225 Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in unserer Stadt **sicher** fühlen. In Kiel wollen wir alles unternehmen, um die Menschen vor Gewalt, Schaden und Straftaten zu schützen. Ein Schwerpunkt muss dabei die Bekämpfung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, der zunehmenden Gewalt gegen ältere Menschen und Kinder sein. Wir unterstützen die Arbeit der Kieler **Polizei**.

2230 Die **Kriminalprävention** muss weiter verstärkt werden. Wir wollen die Kriminalpräventiven Räte unterstützen.

2235 Durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, kriminalpräventiven Räten, Streetworkern, Schulen und dem Gesundheits- sowie Sozialmanagement der Stadt kämpfen wir gegen **Drogen und Drogenkriminalität**. Eine Jugend ohne Gewalt in Kiel wird durch vorbeugende Projekte in Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen, sowie durch frühzeitige Erziehungshilfe für Familien angestrebt. Gewaltausübung soll schnell und konsequent geahndet werden.

Die **Straßenbeleuchtung** ist so auszubauen, dass Angsträume abgebaut werden. Die bereits begonnene Modernisierung der Straßenbeleuchtung darf nicht zu wachsenden Angsträumen führen.

2240 Eine **saubere Stadt** ist eine **sichere Stadt**. Müll und Schmierereien sollen deshalb zügig beseitigt werden. Mit vorausschauender Abfallpolitik wollen wir „wilde Abfälle“ im öffentlichen Raum mindern. Die städtische Unterstützung der Gemeinschaftsaktion „Klar Schiff“ zur **Bekämpfung illegaler Graffiti** werden wir fortsetzen.

2245 Wir wollen „**City-Scouts**“ in mehr Stadtteilen als bisher einsetzen, d.h. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsverwaltung im Außendienst, die bei Streifengängen Missstände aufnehmen und durch schnelle Information der fachlich Zuständigen beheben helfen. Sie sollen Ansprechpartnerinnen und -partner für die Kielerinnen und Kieler sein. Bei offensichtlichen Gesetzes- oder Satzungsverstößen sollen sie die Betroffenen ansprechen und zur Korrektur auffordern. Die Befugnisse sollen schrittweise erweitert werden. Dazu sollen die kommenden Überwachungskräfte entsprechend qualifiziert werden.

Die sog. **Straßenszenen** wollen wir weiter durch Hilfsangebote und präventive Maßnahmen entspannen, wie dies in Gaarden durch die aufsuchende Sozialarbeit geschieht.

2255 **Gewalt gegen Frauen** steht für die ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern. Sie muss konsequent bekämpft und durch Prävention verringert werden. Dafür ist es notwendig, Frauen und Mädchen zu stärken. Zufluchtsmöglichkeiten für Gewaltopfer und Unterstützung auf dem Weg aus einer Gewaltbeziehung müssen gesichert werden. Migrantinnen brauchen kompetente Beraterinnen. Die Einführung eines Frauen-Taxis wollen wir prüfen, um Mädchen und Frauen einen angstfreien Heimweg zu ermöglichen. Von Missbrauch betroffene Mädchen und Jungen benötigen darüber hinaus unsere Unterstützung durch niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen. Auch gegen **Gewalt gegenüber alten Menschen und Menschen mit**

2265 **Behinderung**, ob im öffentlichen Raum, in der Pflege oder im häuslichen Umfeld, müssen wir geeignete Maßnahmen entwickeln.

Wir unterstützen die Polizei bei der **Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen**, wo dies zu einer wirksamen Gefahrenabwehr polizeilich geboten ist. Auf diesen wenigen überwachten Flächen muss die Begehung von Gewalt und Straftaten zum Schutze der Opfer entweder durch die Überwachung vermieden oder wenigstens
2270 durch Polizeikräfte so schnell wie möglich abgewehrt werden. Eine bloße Videoüberwachung ohne zeitnahe Reaktion auf Straftaten – etwa zur schlichten Beweissicherung – lehnen wir ab. In diesem Sinne unterstützen wir die von der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) eingeführte und vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein geprüfte **Videotechnik in den Bussen**, bei denen die auf-
2275 gezeichneten Bilder nur wenige Tage in verschlossenen Systemen gespeichert und nur nach einer konkreten Alarmierung von besonders berechtigten Personen einsehbar sind, um die Sicherheit für Fahrgäste und Fahrpersonal zu erhöhen.

Wir werden den **Brandschutz verbessern**, indem wir die Kieler Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen unterstützen. Feuerwehren brauchen gut ausgebildetes Personal und modernes technisches Gerät. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass wieder
2280 mehr Feuerwehrbeamte bei der **Berufsfeuerwehr** eingestellt werden. Das ist klüger und kostengünstiger als die Entscheidung anderer Mehrheiten in der vergangenen Kommunalwahlperiode, zu wenig Nachwuchskräfte bei der Berufsfeuerwehr einzustellen: Nachdem aufgrund von zu wenig Personal überlastete Beschäftigte der Be-
2285 rufsfeuerwehr erfolgreich vor Gericht geklagt haben, muss unsere Stadt nun einen mehrstelligen Millionenbetrag als Ausgleich für geleistete Überstunden zahlen! Wir wollen in Zukunft ausreichend Feuerwehrpersonal einstellen und dieses umfassend im Brandschutz, in der Brandbekämpfung und im Rettungswesen ausbilden.

Auch die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehren** leisten einen wichtigen Dienst für
2290 die Menschen in Kiel – die Freiwilligen Feuerwehren sind gemeindliche Einrichtungen unserer Stadt. Seit dem Jahr 2010 können sich die **aktiven Mitglieder** Freiwilliger Feuerwehren – auch wenn sie im Hauptberuf nicht Angehörige der öffentlichen Verwaltung sind – **auf nur intern ausgeschriebene Stellen der Stadtverwaltung** und ihrer Betriebe **bewerben**; sie werden eingestellt, wenn sie für die ausgeschriebene
2295 Stelle geeignet und befähigt sind und die erforderliche fachliche Leistung erbringen können. Damit erhöhen wir gezielt berufliche Chancen für Menschen, die im Ehrenamt Leben und Gesundheit für das Gemeinwohl riskieren.

Die Mängel in den **Gerätehäusern** der Freiwilligen Wehren wollen wir so schnell wie möglich abstellen.